

Regierung und  
Unternehmer  
feiern die Einheit –  
und bitten die  
Arbeiter zur Kasse

# Nein

# zu Steuer- Erhöhungen

## Die Unternehmer sollen zahlen!

„Wir wollen nicht die geballte Faust des Klassenkampfes, sondern die ausgestreckte Hand des Partners. Tausende von Unternehmern der Bundesrepublik stehen bereit, um gemeinsam mit Ihnen ein blühendes Land aufzubauen.“ Originalton Kohl vom 20. Februar diesen Jahres vor 130.000 Kundgebungsteilnehmern im Volkskammerwahlkampf. Wieviel die Absichtserklärungen von Kohl und seinen Unternehmerfreunden wert sind, davon können sich die Ostdeutschen gerade selbst überzeugen.

Für die Westdeutschen sollte die frohe Wahlkampfbotschaft lauten: Steuererhöhungen zur Finanzierung der Einheit werde es mit Kohl nicht geben. Mittlerweile werden auch diese Märchen von der Wirklichkeit eingeholt.

Rapider Verfall der Wirtschaft im Osten, ins Unermeßliche steigende Kosten der marktwirtschaftlichen Experimente – das ist die traurige Zwischenbilanz des Anschluß-Kurses von Regierung und Unternehmen. Das hindert sie aber nicht daran, die derart mißratene Vereinigung auch noch feierlich zu begehen.

### Vereinigungs-Gewinner ...

Allerdings gibt es eine Reihe von Herrschaften, die in der Tat Grund haben, die Sektkorken knallen zu lassen:

– die ehemaligen SED-Bonzen, die immer noch in Amt und Würden sind und sich mittlerweile in kapitalistische

Manager oder „aufrechte Demokraten“ im Staatsdienst verwandelt haben, nachdem sie sich zuvor noch mit allerlei Grundstücken, Häusern und Abfindungen bedienen konnten;

– die ehemaligen Stasi-Offiziere, die sich nicht in der Produktion, sondern in Ministerien und Parlamenten wiederfinden;

– Alexander Schalck-Golodkowski in seiner Villa in Rottach-Egern, wo er unbehelligt sein zusammengeklautes Vermögen durchbringen darf;

– die 256 Abgeordneten der ehemaligen Volkskammer, die Übergangsgeld erhalten, damit sie nicht ins soziale Elend abstürzen;

– die westdeutschen Banken, die wegen der gestiegenen Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Einheit für 1990 Zinszahlungen in Höhe von 73 Mrd. DM einstreichen werden;

– die Allianz-Versicherung, die sich

49% der ehemaligen DDR-Monopolversicherung unter den Nagel reißen, das Risiko von 6 Mrd. DM aber auf den Steuerzahler abwälzen konnte;

– die westdeutschen Unternehmer, die sich jetzt endlich profitable Brocken und Grundstücke aus der DDR-Konkursmasse aneignen können, mit staatlicher „Investitionsförderung“ und Steuernachlässen als Beigabe.

### ... und Verlierer

Ganz und gar nicht feierlich dürfte es dagegen den Vereinigungs-Verlierern zumute sein. Im Ostteil Deutschlands z.B.

– den 1,4 Mio. Arbeitslosen und Kurzarbeitern mit Nullstunden, die sich damit trösten sollen, sie seien ja vorher schon „verdeckte Arbeitslose“ gewesen;

– den Rentnern, die mit 500 DM ihr Leben fristen müssen;

– den Frauen, denen Arbeitsplatz, preiswerte Kinderkrippen und das Recht auf Abtreibung streitig gemacht werden;

– den Mietern, die ein Mehrfaches für ihre Behausungen berappen sollen;

– den Jugendlichen ohne Lehrstelle, den Studenten mit 300 DM „Unterstützung“.

Wenig Grund zum Jubel haben u.a. im Westen

– die Masse der steuerzahlenden Arbeiter, die für die Kosten der kapitalistischen Einheit zahlen sollen;

– die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, im Pflege- und Erziehungsbereich, denen Kürzungen und Sparmaßnahmen als „Sonderopfer“ zugemutet werden sollen;

– die verschuldeten Privathaushalte, Eigenheim-Bauer und Ratenzahler, die sich für steigende Zinsen krummlegen müssen;

– die Ausländer, Aussiedler und Asylbewerber, die in beiden Teilen Deutschlands zu Sündenböcken gestempelt werden.

Die Herrschenden behaupten, das ganze Desaster sei die Folge von 40 Jahren Stalinismus. Aber die vielgepriesene Marktwirtschaft sollte doch gerade das Wundermittel sein, mit dem diese Erblast beseitigt und ein „blühendes Land“ geschaffen werden könnte! Stattdessen hat sie die auf niedrigem Niveau stagnierende DDR-Wirtschaft erst richtig in den Abgrund gestoßen. Nach dieser Erfahrung sollten wir Versprechungen auf eine goldene Zukunft erst recht nicht trauen.

Es wird Zeit, daß wir Kohl und Kapital „die geballte Faust des Klassenkampfes“ entgegenstrecken.

Angela Bankert, Köln  
Jungsozialistin

## Ölmultis enteignen!

Binnen fünf Wochen nach Ausbruch der Golfkrise sind die Benzinpreise hierzulande um 24% gestiegen.

Aus Irak und Kuwait kommen bislang nur 7,3% des weltweit geförderten Öls. Die BRD bezieht nur 2% ihrer Ölimporte aus diesen beiden Ländern. Ölgeschäfte werden auf Dollar-Basis abgewickelt. Der Dollar fiel auf einen historischen Tiefstand, das hat der Ölverteuerung entgegengegewirkt.

Die Industrieländer haben Ölreserven, die auf den Markt geworfen werden könnten: 1989 wurden weltweit 50 Mio. Tonnen mehr gefördert als verbraucht. Die USA z.B. haben 600 Mio. Barrel (je 159 Liter) Ölvorräte, mit denen sie einen Importausfall für 800 Tage ausgleichen können; die BRD hat Vorräte für 80 Tage.

Aus der jetzigen Lage des internationalen Ölmarktes lassen sich also keinerlei Begründungen für die Preissteigerungen ableiten. Die Ölmultis nutzen wieder einmal – wie schon Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre – ihre Monopolstellung dazu aus, den Verbrauchern zusätzlich Geld aus der Tasche zu ziehen.

Angeblich sind es die OPEC-Länder und besonders die arabischen Staaten, die unsere Ölversorgung kontrollieren. Zwar liegen 70% der weltweiten Ölreserven in den OPEC-Staaten, doch diese kontrollieren heute nur noch ein Drittel der Weltproduktion. Förderanlagen, Transport und Handel sind längst in die Hände westlicher Konzerne übergegangen. Viele OPEC-Staaten sind sowohl wirtschaftlich als auch politisch von den Herrschenden der westlichen Industrieländer abhängig: Die hohe Verschuldung der meisten dieser Länder zwang sie in der Vergangenheit, die Ölexporte zu erhöhen, um mit dem Erlös die westlichen Kredite bzw. die Zinsen abtrottern zu können. Manche Staaten wie z.B. Mexico haben dafür sogar ihre zukünftige Ölproduktion auf Jahre hinaus verpfändet.

Die international operierenden Konzerne und Banken kontrollieren die Ölmärkte. Sie haben in den 80ern für niedrige Ölpreise gesorgt. Heute können die ölexportierenden Länder für den Erlös von Öl nur noch halb so viele Industriegüter importieren wie '80. Ferner unterstützen westliche Regierungen im Interesse der Ölmultis korrupte Regimes und Herrscherfamilien in den Ölstaaten, gerade auch im arabischen Raum.

Verantwortlich für die Benzinpreiserhöhungen sind die Multis, die doppelt verdienen. Sie kaufen billiger – durch den Fall der Ölpreise – und verkaufen teuer. Die Leidtragenden sind die Bevölkerungen in den Öl-Ländern und den entwickelten Ländern. Ölkonzerne müssen enteignet und unter die demokratische Kontrolle der Arbeiter – die auch Verbraucher sind – gestellt werden. Stoppt die Öl-Multis, die Wegelagerer der heutigen Zeit!

## zum Golf- Konflikt



Keine Beteiligung der Bundeswehr –  
USA raus aus dem Golf!  
siehe Rückseite



Die Uno – Garant für den Frieden?  
siehe Seite 2

## Der Kommentar

# Die Qual der Wahl?!

Helmut Kohl will erster gesamtdeutscher Bundeskanzler werden. Es gibt Gründe genug, dagegen zu kämpfen! Acht Jahre Umverteilungspolitik von unten nach oben, anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte. Dazu kommt Kohls größter Stolz: die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage. Arbeiter in Ost und West sollen die Zeche zahlen.

Großkonzerne, Banken und Versicherungen verdienen sich an Kohls Politik eine goldene Nase, ohne daß ihr System, die angeblich „soziale Marktwirtschaft“, auch nur eines der drängenden Probleme lösen kann. Ihre Profitinteressen lassen sich mit Arbeit, Wohnungen und sauberer Umwelt für alle nicht vereinbaren. Die Vorstände dieser Unternehmen bilden eine eigene Art von „Regierung“ in unserer kapitalistischen Gesellschaft, die wir bei den Wahlen am 2. Dezember weder wählen noch abwählen können.

Um gegen sie die Interessen der Lohnabhängigen durchzusetzen und grundsätzliche Veränderungen zu erreichen, brauchen wir ein sozialistisches Programm, wie VORAN es vertritt.

### Weg mit Kohl!

Eine entscheidende Verbesserung im Kampf gegen das Kapital wäre es, wenn wir nicht mehr die Parteien des Kapitals - CDU, CSU, FDP und DSU - an der Regierung hätten. Wir wollen die Wahl einer Regierung, mit der wir unsere Interessen durchsetzen können.

Die Partei, die die Kohl-Regierung ablösen und als Regierungspartei Arbeiterinteressen durchsetzen könnte, ist die SPD. Sie ist von ihrer Mitglieder- und Wählerbasis, ihrer Verankerung in den Gewerkschaften und ihren Traditionen her die Partei der Lohnabhängigen in Deutschland.

Unser Ziel ist eine SPD-Alleinregierung mit einem sozialistischen Programm. Ein solches Programm, das sich an den grundlegenden Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert, kann nur durchgesetzt werden, wenn die arbeitende Bevölkerung selbst von der SPD gegen die Unternehmer mobilisiert wird. Die potentielle Macht, die die Arbeiter in den Betrieben haben, muß eingesetzt werden, um die Macht des Kapitals zu brechen. So kann zum Beispiel ein gesetzliches Verbot von umweltschädigender Produktion nur wirksam gegen den Widerstand der Unternehmen durchgesetzt werden, wenn die Beschäftigten und die Gewerkschaften in den Betrieben selbst kontrollieren, was wie produziert wird.

Die einzige Alternative hierzu ist, kapitalistische Krisenverwaltung auf Kosten der Arbeiter zu betreiben. Leider bewegt sich die derzeitige SPD-Politik im Rahmen der zweiten Alternative, z.B. mit der ökologisch sinnlosen und unsozialen Ökosteuer.

Das Wahlprogramm zeigt keinen Ausweg aus der Misere. Es verlangt stattdessen neue Opfer von den Wählern. Die Mehrheit der SPD-Mitglieder und die Mehrheit der Wähler glaubt nicht mehr an einen SPD-Wahlsieg und in den Meinungsumfragen liegt die Regierungskoalition vorn.

Wer aber deshalb nicht wählen geht, stärkt die rechten Parteien und ändert nichts.

### PDS oder Grüne wählen?

Viele Jugendliche und auch gerade bisherige SPD-Anhänger überlegen sich, Grüne oder PDS als Opposition im Bundestag zu stärken. Diese Stimmen sind in den meisten Fällen Protest gegen die SPD-Politik und der Versuch, Druck auf die SPD auszuüben. Hoffnungen werden in eine Koalition der SPD mit einer linken Partei gesetzt.

Aber die SPD-Führung wird sich auf der Grundlage ihrer derzeitigen Politik nicht auf eine Koalition mit PDS oder Grünen einlassen. Eher steht eine große Koalition mit CDU und FDP oder eine Neuaufgabe der sozialliberalen Koalition bevor.

Der Druck von linken Proteststimmen - genau wie der Druck „von der Straße“ durch Demonstrationen oder Streikbewegungen - muß in der SPD selbst aufgegriffen und in linke Mehrheiten umgesetzt werden.

Wie die bisherigen Erfahrungen mit „Rot-Grün“ in Hessen, Hamburg und Berlin zeigen, gibt es durch die Grünen keine „linke Korrektur“ der Politik - sie beugen sich den gleichen kapitalistischen „Sachzwängen“ wie die SPD-Führer. Auch die PDS bewegt sich programmatisch auf dem Boden der Marktwirtschaft. Sie hat nicht den Anspruch, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung für ein sozialistisches Programm zu mobilisieren.

### SPD wählen!

Je mehr Stimmen die SPD bekommt, desto schwerer würde es der Parteiführung fallen, eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien zu rechtfertigen. Eine SPD-Alleinregierung ist die beste Voraussetzung, um die Notwendigkeit und auch reale Möglichkeit einer sozialistischen Politik deutlich zu machen.

Die Wahl von PDS oder Grünen ist in Wirklichkeit keine Abkürzung, sondern ein Umweg auf dem Weg zur Veränderung der Gesellschaft, denn es führt kein Weg dran vorbei, in der SPD selbst für linke Mehrheiten zu kämpfen. Darum werdet mit VORAN in der SPD aktiv und kämpft für den Aufbau eines starken marxistischen Flügels.

## Aktuelles

### Golfkrise

# Bringt die UNO Frieden?

**Kohl will Bundeswehrsoldaten im UNO-Auftrag am Golf aufmarschieren lassen. Nach der Bundestagswahl am 2. Dezember soll dazu das Grundgesetz geändert werden. Die Führung der SPD hat sich ebenfalls zu einer Grundgesetzänderung, die den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in UNO-Truppen ermöglicht, bereiterklärt. Auf ihrem Parteitag in Münster 1988 hatte sich die SPD noch ausdrücklich gegen eine Bundeswehrbeteiligung an UNO-Truppen ausgesprochen.**

Die Vereinten Nationen (UNO) sind der Zusammenschluß von 159 Staaten der Erde. Insgesamt gibt es 166 selbstständige Staaten. Sie gibt vor, die gemeinsamen, friedlichen Interessen der Völker dieser Welt zu vertreten. Erklärter Hauptzweck der UNO ist die Sicherung des Weltfriedens. Die ernüchternde Bilanz: In den 45 Jahren UNO seit ihrer Gründung 1945 gab es international über 130 Kriege und militärische Konflikte mit mehr als 20 Millionen Toten. 1989 betrug die weltweiten Rüstungsausgaben 1587 Milliarden DM.

Ein weiteres Ziel der UNO ist die „Wahrung der Menschenrechte“. In ihrem Mitte 1990 vorgelegten Bericht klagte „Amnesty International“ 138 Länder an, Menschenrechte durch Hinrichtungen, Folter, Mißhandlung sowie willkürliche Verfolgung und Festnahme zu verletzen. In 50% aller Staaten würden Gefangene gefoltert.

Bezeichnend für den Charakter der UNO ist auch das Beispiel Kambodscha. Rechtmäßiger Vertreter Kambodschas in der UNO ist nicht die derzeitige Regierung (die auch nicht demokratisch ist), sondern eine von Prinz Sihanouk angeführte Widerstandskoalition aus drei Gruppen, deren stärkste die Roten Khmer sind. Die Roten Khmer haben während ihrer vierjährigen Schreckensherrschaft mindestens eine Million Kambodschaner umgebracht. Der Grund: Die USA setzten bis vor einem halben Jahr auf Destabilisierung des Landes auf Kosten des vietnam- und moskauorientierten Regimes.

Und die Truppen dieser UNO sollten Frieden bringen?

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einstimmig den Angriff Iraks auf Kuwait verurteilt und ein Embargo beschlossen. Dieser Sicherheitsrat, der

in Fragen des Weltfriedens die alleinige Entscheidungsbesitzung besitzt, besteht aus 15 Mitgliedern. Davon sind fünf ständige Mitglieder, d.h. von niemandem gewählt, sondern selbst ernannte Mitglieder (China, Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA) und zehn nicht-ständige Mitglieder, die für jeweils zwei Jahre von allen Mitgliedern gewählt werden. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke sind die Entscheidungen der fünf ständigen Mitglieder ausschlaggebend.

Jedes der fünf Länder hat seinen Beitrag zur Aufrüstung des Iraks und der übrigen Staaten am Golf geleistet, ebenso die BRD, der fünftgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Eher kann man den Bock zum Gärtner machen, als daß von diesen Staaten Frieden ausgeht.

### „Ordnung“

Die UNO-Truppen, die sogenannten Blauhelme, haben meistens nur eine symbolische Stärke von mehreren hundert Mann. Ein größeres Kontingent von zeitweise 7000 Mann wird seit Februar 1989 in Namibia eingesetzt, das

im März 1990 seine Unabhängigkeit erhielt. Die UNO-Truppen sollen die Ordnung im Lande garantieren, bis eigene Polizei und Streitkräfte diese Aufgabe übernehmen können. Gemeint ist die „Ordnung“, wie sie auch im Nachbarland Südafrika herrscht: Ausbeutung der hauptsächlich schwarzen Arbeiter durch in- und ausländische Konzerne.

Wenn die UNO im Golfkonflikt den Menschen helfen wollte, dann könnte sie zuerst den hunderttausenden Arbeitern und ihren Familien helfen, die sich auf der Flucht in den Lagern in der Wüste befinden. Für den Aufmarsch am



Irakische Truppen nach dem Einmarsch in Kuwait.

Golf geben UNO-Mitgliedsländer Milliarden aus - für die Flüchtlinge nur Klecker-Beträge.

Bush und Thatcher haben erklärt, sie hielten militärische Aktionen gegen Irak auch ohne Beschluß des UNO-Sicherheitsrates für legal. Der Internationale Gerichtshof, eine Einrichtung der UNO, verurteilte die USA bereits vor mehreren Jahren wegen Verletzung des Völkerrechts und illegaler Aggression

zum Schadenserstattung an Nicaragua. Die USA ignorierten das Urteil (das wohl eine seltene Panne war). Die imperialistischen und stalinistischen Staaten benutzen UNO-Beschlüsse wie Karten im Pokerspiel: Passen sie in ihr Blatt, nutzen sie sie propagandistisch aus, passen sie nicht, werfen sie sie weg.

Daß Saddam Hussein tausende Kurden, auch Frauen und ihre Kinder, mit Giftgas umbringen ließ - das alles war kein Grund für die USA, die BRD oder den Sicherheitsrat, ein Embargo gegen den Irak zu verhängen oder zu fordern. Der Diktator wurde weiter von ihnen unterstützt.

Betrachtet man jedes Mitgliedsland der UNO für sich, wird kein Mensch erklären können, warum ausgerechnet dieses Land die Menschenrechte in der Welt verteidigen sollte. Außenpolitik ist Fortsetzung der Innenpolitik und umgekehrt. Niemand wird von Thatcher erwarten, für die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter im Irak oder Kuwait einzutreten, während sie im eigenen Land die Gewerkschaften am liebsten zerschlagen möchte. Niemand wird von der Bundesregierung erwar-

ten, sich für das Schicksal der Flüchtlinge in der Welt einzusetzen, während sie gleichzeitig im eigenen Land Asylbewerbern das Leben schwer macht und z.B. Waffenlieferungen an Diktaturen zuläßt.

Wie kann man annehmen, daß 159 Staaten, von denen jeder einzelne seine egoistischen außenpolitischen Ziele ohne Rücksicht auf irgendwelche „Menschenrechte“ verfolgt, daß durch den Zusammenschluß dieser 159 Staaten in einer Organisation Namens UNO plötzlich ein Instrument zur Wahrung des Friedens und der Menschenrechte entsteht?

### Im Interesse der Imperialisten

Die eigentliche Aufgabe der UNO ist die Aufrechterhaltung der Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Masse der Bevölkerung in der ganzen Welt. Sie will für Stabilität sorgen - im Interesse der Herrschenden.

Das Massaker der chinesischen Stalinisten an den Studenten im Sommer 1989 empörte die ganze Welt. Doch es schadete nicht den westlichen Ländern. Sie machten weiter munter ihre Geschäfte mit China. Deshalb hat die UNO das Massaker auch schon wieder „vergessen“. Das weltweit vorherrschende System ist der Kapitalismus. Und er ist von grundauf nicht friedlich. In ihm gibt es den Gegensatz zwischen Klassen, den Unternehmern und den

arbeitenden Menschen. Mit der zunehmenden Krisenhaftigkeit der Marktwirtschaft verschärft sich auch dieser Gegensatz. Weltweit gibt es den Widerspruch zwischen imperialistischen Ländern und der „3. Welt“. Und es gibt die zunehmende Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Ländern selbst.

Letzten Endes haben die stalinistischen Länder in der UNO kaum etwas zu melden, sondern drückt die UNO-Politik die Interessen der westlichen kapitalistischen Ländern aus. Weil die Stalinisten sich heute den Imperialisten unterwerfen und die gemeinsamen Interessen der westlichen Industrieländer im Vordergrund stehen, erhält in der Propaganda die „Weltgemeinschaft“ wieder größere Bedeutung. Wenn jedoch der Konkurrenzkampf zwischen den USA, Japan und Europa in den nächsten Jahren schärfer wird, wird die Ohnmacht der UNO immer deutlicher werden. So erging es dem Völkerbund in den 20er und 30er Jahren.

Die Arbeiter und armen Bauern in allen Ländern haben aber die gleichen Interessen. Sie sind es, die mit ihrer Arbeit und ihrem Leben den Preis für Rüstung und Krieg bezahlen. Anfang September gab es in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka einen Generalstreik gegen die Entsendung einheimischer Truppen an den Golf. Das sollte ein Vorbild für die Arbeiterorganisationen aller Länder sein, deren Regierungen Waffen oder Soldaten dorthin schicken.

Statt einem Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von UNO-Truppen am Golf zu diskutieren, sollte die SPD-Führung die Enteignung der Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf zivile Produktion unter Kontrolle der Gewerkschaften vorschlagen. Das wäre eine Maßnahme zum Schutz des Lebens sowohl der deutschen Jugendlichen als auch der Millionen Menschen im Irak und im Nahen Osten, die in einem Krieg vernichtet würden.

Georg Kümmel, Aachen  
Jungsozialist

**VORAN** zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

# Profite durch Umweltschädigung Ein Ende mit dem Müll!

Der Müllnotstand ist zweifelsfrei eines der offensichtlichsten Ergebnisse einer völlig verfehlten Politik der Bundesregierung. Die bisherige Orientierung, den anfallenden Müll auf umweltzerstörerische Art und Weise zu „beseitigen“, stellt sich heute als hausgemachte Zeitbombe heraus. Um die Umwelt und die Wirtschaft vor dem totalen Chaos zu retten, sind grundlegende und vor allen Dingen schnelle Änderungen der Müllbehandlung durchzusetzen.

Der Grund, daß sich das Müllproblem so rasch verschärfen konnte, ist, daß sich die Situation von zwei Seiten zuspitzt: Der Müllberg wächst immer schneller. Die Entsorgungsmöglichkeiten werden immer knapper bzw. stellen sich als ökologisch unverantwortbar heraus. Die bislang gewohnten Absatzmöglichkeiten versiegen nach und nach. Die DDR als sicheres Müllimportland nimmt nichts mehr ab. Die Verbrennung von Müll auf der Nordsee soll bis 1994 verboten werden, die Verklappung ist schon verboten. Die Deponie-Kapazitäten werden immer kleiner und der Widerstand der Bevölkerung gegen Müllverbrennungsanlagen wird immer größer. In der Bundesrepublik gab es bislang ein jährliches Müllaufkommen von 109 Millionen Tonnen - Tendenz steigend.

Eines haben die genannten Möglichkeiten zur „Beseitigung“ des Mülls ge-

zurückgenommen werden muß, wäre eine totale Fehlentwicklung. Ob beim Händler oder Verbraucher - der Müll ist da und der lachende Dritte ist wieder der Unternehmer. Die Devise muß also heißen: zuerst vermeiden und dann wiederverwerten! Die Tatsache, daß 80% des jährlichen anfallenden Haus- und Gewerbemülls der stofflichen Verwertung zurückgeführt werden können und trotzdem noch zwei Dritte! auf der Deponie landen, sollte Beweis genug dafür sein, daß die Bundesregierung das Problem nicht lösen kann und will.

Es müssen endlich Maßnahmen durchgesetzt werden, die den Verbraucher vor dem Zwang, Müll zu kaufen, schützt und die Produktion von Müll für die Unternehmer teuer macht. Solche Maßnahmen sind: Verbot von umweltschädlichen Einwegverpackungen, stattdessen wiederverwertbare (d.h.

Müllvolumen auf 30%, aber nur 20% der Verbrennungsgase sind bekannt und können demnach (allerdings nur teilweise) gefiltert werden. Die Wirkung der restlichen 80% auf den Menschen kennt niemand. Bekannte Gase, die nicht vollständig gefiltert werden können, sind z.B. Dioxine (krebserregend), Kohlendioxid (fördert Treibhauseffekt). Durch Müllverbrennung wird auch zusätzlich Sondermüll hergestellt. 500 Tonnen verbrannter Müll pro Tag produzieren 30 Tonnen hochgiftige Filterstäube. Hier zeigt sich deutlich, daß der einzige Vorteil der Verbrennung in der Verringerung des Volumens liegen könnte. Aber dieser scheinbare Vorteil erweist sich ebenfalls als unerheblich, da die Deponierung der Rückstände große Risiken birgt. In modernen Anlagen ist es heute üblich, die übrigbleibende Schlacke mit einem Spezialverfahren zu verglasen. Das Langzeitverhalten dieser verglasten Schlacke ist natürlich unbekannt.

## Alles für den Profit?

Die ökologisch beste Behandlung des absolut nicht vermeidbaren Mülls ist die vollständig abgesicherte Deponierung (Abdichtungen aus Kunststoff und Lehm der heutigen Deponien halten nur 15-20 Jahre). Für eine solche Deponie müssen folgende Kriterien er-

Diese Maßnahmen erfordern große finanzielle Anstrengungen. Dies ist die Schuld dieses Wirtschaftssystems und auch der Bundesregierung. Je länger mit der Durchsetzung der Maßnahmen

triebe verhindert habe, da diese sich keine teure „Müllbeseitigung“ leisten können. Die verhängnisvolle Abhängigkeit dieser Betriebe, die in ihrer Profitrechnung das Abpumpen ihres Drecks in die Natur als billige Müllbeseitigung jahrelang einkalkulieren durften, geht ebenfalls auf das Konto einer miserablen Umweltpolitik.

Wir können es nicht weiter zulassen, daß nach Profiterwartung gewirtschaftet wird und die Natur und unser Leben aufs Spiel gesetzt werden. Unter



Überflüssige Verpackung vergrößert den Müllberg.

zur Müllvermeidung gewartet wird, desto teurer wird die Rettung der Umwelt, da die milliardenverschlingende Sanierung der anwachsenden Altlasten noch dazukommen wird.

Die Bundesregierung sieht es als ihre Aufgabe an, die Profite der Unternehmer zu sichern. Eine bessere Umweltpolitik muß aber vor allem diese zur Kasse bitten. Aus ihrer heutigen Sicht haben kleine Unternehmer auch wirkliche Angst vor Existenznot, wenn die Kosten steigen. Deren Probleme werden als Argument gegen eine bessere Umweltpolitik vorgebracht, wie ein Umweltskandal 1989 zeigte. Umweltminister Töpfer hat dem Giftmüllschiff „Vesta“, das gefährliche Chlorabfälle für mittelständische Betriebe vor der englischen Ostküste verbrennt, die Erlaubnis gegeben, den Emdener Hafen zu verlassen. Bislang lief diese Giftmüllschieberei über den Antwerpener Hafen, der dafür von der belgischen Regierung gesperrt wurde. Töpfer entschuldigte seine Entscheidung mit der Tatsache, daß er damit die Produktions-tillegung vieler mittelständischer Be-

der Kontrolle der Arbeiter selbst, die die Produzenten und die Konsumenten sind, muß die Wirtschaft geplant werden, damit eine ökologische Produktion etabliert werden kann.

Ralf Schumann, Stuttgart  
Jungsozialist



In der DDR gab es früher diesen Verpackungsklimbim nicht. Eine der Errungenschaften, das Recyclingsystem SE-RO, fällt der Marktwirtschaft zum Opfer.



meinsam - sie sind für den Müllproduzenten sehr billig. 60-70% des Mülls, der nicht durch die Hände des Verbrauchers geht, stammt aus der Industrie. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die für wenige Unternehmer bisher billige Massenmüllproduktion, nach Umweltminister Töpfer, von uns allen „erhebliche Opfer“ fordert. Daß der Müllberg so groß werden konnte, ist einzig und allein auf die ganz und gar inkonsequente Umweltpolitik der CDU - zum Vorteil der Unternehmer - zurückzuführen. Was ist zu tun?

In vielen Kommunen gibt es bundesweit Initiativen, die deutlich machen, wie ein erster Schritt aus der Müllflut aussehen kann. Doch genügen diese Initiativen, die sich im Wesentlichen nur auf Recycling (durch getrennte Müllsammlungen) beschränken können, bei weitem nicht. Die konsequente Vermeidung von Müll muß das Ziel der künftigen Politik sein.

## Müll vermeiden!

Der Ansatz zur Müllvermeidung kann nicht beim einzelnen Konsumenten gemacht werden, sondern am Umgang der Industrie. Die Durchsetzung einer Gesetzesvorlage, nach der der Hausmüll von den Händlern

auch recycelbare) oder kompostierbare Verpackungen; Stopp der Produktion von absichtlich schnell verschleißenden Produkten; vollständige Übernahme entstehender Kosten für die Deponierung oder sonstiger Behandlung reinen Industriemülls von den Unternehmern selbst. In Zusammenarbeit mit Umweltschutzverbänden müssen die Gewerkschaften in den Betrieben die Umsetzung dieser Maßnahmen kontrollieren. In der Produktion selbst müssen die Arbeiter die Möglichkeit haben, Angriffe auf die Umwelt (und damit auf sie selbst) abzuwehren. Wenn Unternehmen sich weigern, die Produktion ökologisch zu gestalten und sogar mit Arbeitsplatzabbau oder Schließung drohen, müssen sie umgehend verstaatlicht und die notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden.

Auch bei konsequenter Durchführung eines an Müllvermeidung orientierten Programms ist eine Restmenge, die anderweitig behandelt werden muß, unumgänglich. Was ist mit diesem übrigen Müll zu tun? Eins ist klar. Er darf auf keinen Fall in die Müllverbrennungsanlage gebracht werden. Dieses „Beseitigungsverfahren“ eignet sich nur dazu, vom eigentlichen Müllnotstand abzulenken. Es verringert das

füllt sein: 1. ständige Dichtigkeitskontrollen, 2. Verhinderung des Austritts von Feststoffen z.B. durch Verwehung und des Eintritts von Regenwasser, 3. Auffangen des Sickerwassers und des Deponiegases.

## Aus der SPD

Köln. Offenbar sind nicht alle Mitglieder der SPD bereit, auf die reine Lehre der Marktwirtschaft zu vertrauen. In einer Kampfabstimmung nahm der Kölner Unterbezirkspartei-tag zum Regierungsprogramm Fortschritt '90 mit knapper Mehrheit (107:106) folgenden Antrag an:

„Um die ökologische und soziale Erneuerung voranzutreiben und um demokratische Entscheidungen gegen vielfache Widerstände durchzusetzen, müssen öffentliche Unternehmen auf den entscheidenden Investitionsfeldern vertreten sein. Dazu sollen der öffentlich-rechtliche Kreditsektor und staatliche Industriebeteiligungen gezielt eingesetzt und ausgewählte strukturbestimmende Unter-

nehmen in Gemeingentum überführt werden.“

Kassel. Auch zwei Kasseler Ortsvereine befaßten sich mit dem SPD-Regierungsprogramm. Im Änderungsantrag des OV Wehlheiden zum friedenspolitischen Teil von „Fortschritt '90“ heißt es u.a.: „Wir werden den Grundwehrdienst auf neun Monate begrenzen. Die Dauer des Zivildienstes muß ebenfalls auf diesen Zeitraum begrenzt werden. Wir streben eine uneingeschränkte Wahlfreiheit zwischen Zivil- und Grundwehrdienst an.“ „Rüstungsexporte werden verboten. Unternehmen, die gegen das Verbot verstoßen, werden enteignet.“ Und der OV Kassel-West hat die Nase voll von faulen Kompromissen und gibt der SPD-Führung folgendes auf den Weg:

„1. Schluß mit der Zusammenar-

beit mit den Regierungen Kohl/DeMaiziere, d.h. eindeutige Ablehnung einer großen Koalition in der BRD und Gesamtdeutschland.

2. Konsequente Oppositionspolitik in Bonn, Ostberlin und im Bundesrat, d.h. a) keine Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung zur Ermöglichung des Einsatzes der Bundeswehr am Golf, sondern eine öffentliche Kampagne gegen einen direkten oder indirekten Einsatz im Golfkonflikt; b) keinen Kompromiß in der Frage des 218, sondern Mobilisierung der Frauen und Männer in SPD und DGB zur ersatzlosen Streichung des 218. Wir sind gegen die Bevormundung durch den Staat und für das Recht auf Selbstbestimmung.

3. Ablehnung bzw. Rücknahme der Forderung nach Grundgesetzänderung zum Asylrecht.“



## Jugend für Sozialismus . . .

### Kindertagesstätten in Hamburg

# Zäher Kampf um neue Plätze

**Auch in Hamburg gibt es einen Notstand bei der Versorgung mit Kindertagesstätten. Die Beschäftigten stehen unter ungeheurem Streß und werden auch noch schlecht bezahlt. Deshalb organisierte die ÖTV im ersten Halbjahr zwei Demos mit mehreren Tausend Teilnehmern.**

Die Forderungen umfaßten nicht nur ein Sofortprogramm zur Schaffung von 5000 neuen Plätzen und 500 weiteren Erzieherinnen, sondern auch für mehr Lohn und Elternmitbestimmung.

In unserem Stadtteil stellte sich das Problem konkret: In einem Kindergarten mit 80 Kindern kommen 10 Kinder in die Schule. Nach einem Jahr soll ihre Betreuung eingestellt werden, weil die Behörde einem Erweiterungsantrag, das heißt der Einrichtung neuer zusätz-

licher Plätze, nicht zustimmt. Den zehn Müttern droht die Arbeitslosigkeit, weil sie ihre Kinder nicht unterbringen können.

Dieser Kindergarten hat einen freien Trägerverein und versuchte schon seit 1983 in sechs Anträgen Erweiterungen zu erhalten. Jedesmal scheiterte er an der Jugendbehörde.

Und nicht nur das: Geld für Spielzeug, Nahrungsmittel, Erzieherstunden, Berechnungen von Pflegesätzen,

alles erscheint wie ein einziger Kampf mit einer Behörde, die sich nicht um die Kinder kümmert, sondern die Kindergärten schikaniert.

Gleichzeitig gibt es eine Kampagne von der SPD „Kinder brauchen Plätze!“ Die SPD kann nicht für mehr Plätze sein und Erweiterungen verhindern. Wir Jusos sagen uns: Wenn wir genug Druck ausüben, muß die SPD-geführte Behörde nachgeben.

### Dampf machen!

Also stellten wir einen Antrag im Distrikt und beauftragten unseren Bürgerschaftsabgeordneten, die Sache der Jugendsenatorin Raab vorzulegen. Durch Besuche beim Abgeordnetenbü-

ro und Anrufe ließen wir den Genossen keine Ruhe. Auch der Kindergarten „besuchte“ die Jugendbehörde mit Kindern und Erziehern. Plötzlich ging alles wie geschmiert! Nach einer Zusage unter der Hand kam kurze Zeit später auch die offizielle Genehmigung der geplanten Erweiterung. Jetzt gibt es zwar Erleichterung. Doch hat eine Kollegin gesagt: „Nächstes Jahr kommen wieder Kinder ins Schulalter und dann stehen wir vor demselben Problem.“

Auch die Kampagne der ÖTV hatte

einen Erfolg: 5000 neue KiTa-Plätze bis 1993. Das ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da zu ca. 11.000 Kindern auf den Wartelisten in Hamburg noch weitere geschätzte 10.000 hinzukommen werden. Das heißt: Demonstrieren und öffentliche Kampagnen sind wichtig; um das Problem wirklich zu lösen, ist aber ein Kampf für einen grundlegenden Kurswechsel der SPD nötig.

Geert Möbius, Hamburg  
Jungsozialist



Der Notstand in den Kindertagesstätten führt in vielen Städten zu Protesten.

### Kassel

## Jusos gegen neue Tiefgarage im Stadtzentrum

Obwohl in Kassel dieses Jahr ein Generalverkehrsplan verabschiedet worden ist, der gute Ansätze einer ökologisch verträglichen Verkehrspolitik bietet, wird die SPD-regierte Stadt eine neue Tiefgarage (780 Stellplätze) mitten ins Stadtzentrum setzen.

Löblich ist zwar, daß an anderer Stelle Parkplätze abgebaut werden sollen. Aber der Individualverkehr wird sich nicht verringern, wenn durch die Tiefgarage eine neue attraktive Parkmöglichkeit geschaffen wird. Vielmehr muß der öffentliche Nahverkehr eine Alternative zum Auto darstellen: durch mehr Komfort, kürzere Taktzeiten,

Nulltarif und ein ausgebautes Streckennetz (unter Anbindung des Umlandes).

Ein solches Konzept wird von den Kasseler Jusos vertreten; das Engagement gegen die Tiefgarage begann aber leider viel zu spät. Die verantwortliche Stadtplanungsdezernentin hatte schon die meisten SPD-Ortsvereine besucht, um die Zustimmung der SPD-Mehrheitsfraktion abzusichern. Wir brachten trotzdem vor der Sommerpause in zwei Ortsvereinen unseren Antrag gegen die Tiefgarage erfolgreich ein.

Auf dem folgenden SPD-Parteitag polarisierte sich die Diskussion. In der Abstimmung über einen entsprechenden Antrag sprach sich zwar keine

Mehrheit gegen die Tiefgarage aus, aber die Jusos machten klar, daß sie eine entscheidende Rolle als Teil der Parteilinken spielen können und daß mit ihnen in Zukunft zu rechnen ist.

Auch durch Öffentlichkeitsarbeit versuchten wir, den Druck zu verstärken. Mit anderen Gruppen starteten wir eine Aufklärungskampagne, gekoppelt mit einer Unterschriftensammlung. Doch das Stadtparlament entschied jetzt für die Tiefgarage. Dies zeigt, daß wir das nächste Mal früher solche Themen aufgreifen müssen, um eine falsche SPD-Politik zu verhindern.

Björn Marsen, Kassel  
Jungsozialist

## ihr da oben . . .

### Die Erben

In Zeuthen (DDR), einem 25km südlich von Berlin gelegenen Ort, wunderten sich die Einwohner. Ein 2500 Quadratmeter-Grundstück mit einem schönen Haus direkt am Ufer eines Sees, das unter SED-Herrschaft dem Ministerium des Innern (Mdi) gehörte, verkaufte sich DDR-Innenminister Diestel (CDU) jetzt selbst. Kosten: 200.000 DM. Welch ein Zufall: Direkter Nachbar von Diestel ist der Ex-SED-Innenminister und Ex-Chef der Volkspolizei Lothar Ahrendt, den Diestel zum Leiter des künftigen Ost-Bundesgrenzschutzes machen will, dem 6000 Mann angehören werden.

Unbekannt bleibt, ob Diestel auch passend dazu größere Reststücke der Berliner Mauer gekauft hat, um sich vor umgebenden Besuchen einfacher Bürger zu schützen.

### Das Geburtstagskind

50 Jahre alt wird Genosse Volker Hauff, Oberbürgermeister in Frankfurt. Wie feiert man sowas? Unsereins kauft ein paar Kisten Bier und vielleicht ein paar Tüten Kartoffelchips. Volker Hauff dagegen zeigte sich von seiner spendablen Seite. Er gab im Frankfurter „Römer“ einen Empfang für 85.500 DM. Dieser geringe Unko-

stenbeitrag wird von der Stadtkasse übernommen, um nicht den schmalen Geldbeutel von Genosse Hauff zu belasten.

### Der Prediger

„Sie tranken heimlich Wein und predigten öffentlich Wasser“. Dieser Vers aus Heines „Wintermärchen“ hat mehr denn je seine Gültigkeit. Diese Basilika (siehe Bild), die in ihrer Dimension so etwas wie eine Mischung von Ceauescus Palast in Bukarest und dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände ist, hat Papst Johannes Paul II. in den Besitz des Vatikans übernommen. Sie steht mitten im Urwald in der Elfenbeinküste. Die Basilika kostet vorerst 250 Millionen

DM; die laufenden Kosten können nicht benannt werden. Was kostet z.B. der Betrieb der 1810 Scheinwerfer, die mit ihren je 1100 Watt Nacht für Nacht das Monstrum bestrahlen?! Zum Vergleich: Die meisten Familien dort haben ein monatliches Einkommen von 80 DM. Sie dürfen sich dafür nach päpstlichem Gebot noch nicht einmal Kondome kaufen. Die Gläubigerschar soll zahlreich sein, denn es braucht 350.000 Menschen, um den Vorplatz der Basilika beim Papstbesuch zu füllen.



## . . . wir hier unten

### Bremerhaven

## Appell an Gls

In Bremerhaven haben einige Jungsozialisten ein deutsch-amerikanisches Volksfest genutzt, um sich mit marxistischen Ideen an US-Soldaten zu wenden.

Mit Flugblättern und Transparenten auf deutsch und englisch tauchten wir eines Abends auf dem Volksfest auf. Wir erklärten, daß Hussein und Bush Kriegstreiber sind und daß es bei der US-Intervention um die Interessen des „Big Business“ geht und nicht um die des „kleinen Mannes“. In unserem Flugblatt schrieben wir, daß es die Aufgabe der amerikanischen Arbeiter sei, die Bush-Regierung der Reichen zu bekämpfen.

Da wir die Aktion vorher diskutiert hatten, waren wir uns im Klaren darüber, daß wir nicht gerade mit begeisterter Zustimmung zu rechnen haben würden. Die meisten der Gls verteidigten dann auch die Politik der US-Regierung, einige mit „Rambo“-Sprüchen, die meisten mit „vernünftigen“ Argu-

menten. Allerdings hatten wir mit mehr offener Feindschaft gegen uns gerechnet. Die meisten waren im Sinne der US-Armee ganz gut geschult. Volle Zustimmung zu unserer Idee, daß die Hauptfeinde der US-Arbeiter die Konzerne und ihre Politiker sind, äußerten nur drei schwarze Frauen.

Für uns war die Aktion eine gute Erfahrung. Wir konnten sehen, wie durch die „Entdeckung“ eines äußeren Feindes innere Probleme unter den Tisch gekehrt werden können. Doch falls es zum Krieg kommt, verändert sich nach einiger Zeit auch die Stimmung. Zurückkommende Särge und die Erkenntnis, einen Nahost-Krieg nicht auf die Schnelle gewinnen zu können, würde das Vietnam-Trauma schnell wieder aufleben lassen. Mehr und mehr Leute würden merken, daß sie mit Geld und Blut zahlen, während die Bosse die Gewinner sind.

Dann wird es für amerikanische Sozialisten und auch für uns möglich sein, auch Gls für antiimperialistische Ideen zu gewinnen.

Claus Ludwig, Bremerhaven  
Jungsozialist

## Acht Jahre Kohl – uns ist der Appetit vergangen

### Wir wollen:

➤ Volles Wahlrecht ab 16 Jahre für alle hier lebenden Ausländer und Deutschen.

➤ Wohnungen für alle bei Miethöhenbegrenzung auf 20% des Nettoeinkommens.

➤ Kein Einsatz von Bundeswehrosoldaten im Golfkonflikt.

➤ Verbot von umweltschädigender Produktion, Abschaltung aller Atomkraftwerke.

➤ Einführung des Nulltarifes im öffentlichen Verkehr und Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln und Radwegen.

➤ Kostenlose, leicht zugängliche Verhütungsmittel; Recht auf Abtreibung; Weg mit §218.

➤ Gleiche Rechte für Frauen und Männer.

➤ Schluß mit der Diskriminierung von Ausländern, Asylbewerbern und anderen Minderheiten.

➤ Freie Wahl des Ausbildungsplatzes nach persönlichem Interesse; qualifizierte Ausbildung statt Hilfsarbeiten; garantierte Übernahme im erlernten Beruf.

➤ Gesamtschule statt dreiglied-

riges Schulsystem; dabei Integration von beruflicher und allgemeiner Ausbildung; Einstellung aller ausgebildeter Lehrer.

➤ Kostenfreie Ausbildung, volle Lehr- und Lernmittelfreiheit.

➤ 35-Stunden-Woche und 7-Stundentag für alle; weitere Arbeitszeitverkürzung nach Bedarf, um Arbeit für alle zu schaffen.

➤ Darlehensfreie, elternunabhängige Ausbildungsförderung (Bafög) von 600 DM im Monat für Schüler ab 16 Jahren; 1000 DM Mindesteinkommen netto für Auszubildende; garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM für jeden als soziale Grundsicherung ab 18 Jahren.

➤ Schluß mit dem Einsatz von Zivildienstleistenden als Billiglohnkräfte; stattdessen Mindestlohn von 1500 DM und Schaffung von neuen Stellen im Sozialbereich.

➤ Selbstverwaltete Jugendzentren in allen Stadtteilen und Gemeinden.

➤ Für eine SPD-Alleinregierung, die auf der Grundlage eines sozialistischen Programms die Interessen von Jugendlichen gegen die Unternehmer durchsetzt.

# Konferenz der Jungen Sozialdemokraten der DDR am 7.-9. September in Magdeburg

# „Linkes Gewissen“ der Partei?

„Frecher als die Partei erlaubt“ – das ist einer der Slogans, mit denen die Jungen Sozialdemokraten für sich werben wollen. Eigentlich kann es ja nicht allzu schwer sein, diesem Anspruch gerecht zu werden, wenn man sich die Politik der SPD-Führung in Ost und West vor Augen führt. Gerade für eine Jugendorganisation, die sich selbst als das linke Gewissen der Partei ansieht, müßte es doch ausreichend Anlaß zur Kritik geben.

Doch davon war auf der ersten Republikkonferenz der Jungen Sozialdemokraten ziemlich wenig zu spüren. Es wurden zwar stundenlang heftig debattiert, doch dabei ging es mehr um Fragen der Vereinigung mit den Westjusos, dem eigenen Status u.ä. Besonders die Diskussion um den Namen der Organisation („Jungsozialisten“ oder „Junge Sozialdemokraten“) schien sich zu einer „Schlammenschlacht“ auszuweiten, die auch vor den Vorstandsmitgliedern der anwesenden Westjusos nicht halt machte.

Es wurde auch ein Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Jungen Sozialdemokraten der letzten Monate vorgelegt. Dabei mußte der Vorsitzende Arne Grimm feststellen, daß die Anzahl der aktiven Mitglieder gesunken ist, was aber einem allgemeinen Parteifrust zugeschoben wurde. Es wurde nicht die einzig richtige Schlußfolgerung gezogen, endlich dem eigenen Anspruch, eine Interessensvertretung der jungen Arbeiter zu sein, gerecht zu werden.

Dabei ist es gerade das, was die Jugendlichen der DDR immer nötiger brauchen. Denn seit der Währungsunion hat sich die Situation, gerade der jungen Leute, enorm verschärft. So haben dieses Jahr bisher etwa 12.000 aller Schulabgänger keine Lehrstelle erhalten. Von der rasant steigenden Arbeitslosenrate sind besonders die Jugendli-

wirtschaft verantwortlich gemacht werden kann.

Im Gegenteil, mit dem Einzug der Marktwirtschaft hat die größte Produk-

stärkt sich das Chaos (Rückgang der Industrieproduktion im Juli 1990 um 42% zum vergleichbaren Vorjahresmonat).

Die Alternative kann deshalb nur eine von den Arbeitern selbst demokratisch kontrollierte und geplante Wirtschaftsordnung sein, die gewährleistet, daß alle Ressourcen der Gesellschaft effektiv eingesetzt und jeder gleichberechtigt am gesellschaftlichen Eigentum beteiligt wird. Nur mit einer Politik, die dieses Ziel verfolgt, können die Interessen der Arbeiter wirklich vertreten werden.

Vorsitzende der Jungen Sozialdemokraten ein Nettogehalt von 1400 DM bekommt. Dagegen hat ein junger Arbeiter, der im 3-Schichtsystem arbeitet, nur einen Nettolohn von rund 1000 DM und muß zudem befürchten, daß er seinen Arbeitsplatz verliert.

Während es die Vorstände der Ost- und Westjusos vorzogen, für die Dauer der Konferenz im Jugendhotel zu übernachten, durften die „einfachen Delegierten“ in einer Jugendherberge außerhalb der Stadt schlafen, die zwar teilweise unbeheizt war, dafür aber über

werden, doch dazu ist man trotz fast dreitägiger Konferenzdauer nicht mehr gekommen.

Entsprechend „mager“ sind die Ergebnisse. So stellen die Jungen Sozialdemokraten nach der Vereinigung von Ost- und West-SPD eine Arbeitsgemeinschaft der SPD dar. Um es nicht zu einem Eklat kommen zu lassen, einigten sich die Delegierten darauf, daß die Bezirksverbände selbst entscheiden dürfen, ob sie sich „Jungsozialisten“ oder „Junge Sozialdemokraten“ nennen. Außerdem wurde ein neuer Vor-

## Frecher als die Partei erlaubt.



Dieser Aufkleber der West-Jusos ist zwar lustig, aber nicht gerade aussagekräftig.

tivkraftzerstörung seit dem 2. Weltkrieg auf dem Gebiet der DDR eingesetzt. Große Teile von Industriezweigen (z.B. der Metall-, Lebensmittel-, Textilindu-

Doch von solch einer Programmatik ist die SPD-Führung und ihre Jugendorganisation weit entfernt. Trotz ihres kurzen Bestehens hat sich auch schon in der Ost-SPD die Parteiführung von der Basis entfernt. Die bestehende Führung hat ihren Frieden mit dem Kapital geschlossen.

Ihr Ziel ist, eine lammfromme Jugendorganisation zu bekommen. Das steckt auch hinter der Tatsache, daß der

einen regen Mäusebestand verfügte.

So war dann auf der Republikkonferenz auch vom „demokratischen Sozialismus“ die Rede, doch gab es auch völlig unkonstruktive Ausfälle gegen die PDS, ohne daß sich mit den Inhalten auseinandergesetzt wurde. Es wurde zuwenig eine grundlegende Kritik an der SPD-Führung und ihrer Politik formuliert. Eigentlich sollte auch ein Programm diskutiert und verabschiedet

stand gewählt.

Doch schätzungsweise wird das die wenigsten Jugendlichen in der DDR interessieren. Sie erwarten vielmehr klare politische Inhalte und Ideen, die einen Ausweg aus der jetzigen Situation zeigen. Von den Jungen Sozialdemokraten wurden sie in dieser Hinsicht leider enttäuscht.

Antje Zander, Berlin (Ost)  
Jungsozialistin



Versammlung vor der besetzten Stasi-Zentrale in Ost-Berlin im September. Hier könnten sich die Jusos beteiligen und Flagge zeigen.

chen betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt jetzt schon 21%. Und es ist offensichtlich, daß diese Zahl noch stark ansteigen wird.

### Probleme nehmen zu

Die Unsicherheit und Ratlosigkeit wächst. Wo bleibt das von Kohl und DeMaizière versprochene Paradies der Marktwirtschaft? („Keinem wird es schlechter gehen als vorher!“) Der alte Spruch, an allem seien 40 Jahre „sozialistischer Mißwirtschaft“ schuld, wird immer unglaubwürdiger; zumal es in der BRD offiziell rund 1,9 Mio. Arbeitslose gibt, für die wohl kaum die Plan-

strie u.a.) werden stillgelegt, Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet. Während jeden Tag in den Entwicklungsländern Tausende von Kindern verhungern, werden die Bauern in der DDR gezwungen, nach EG-„Vorbild“ ihre Ernte teilweise zu vernichten.

Die jahrelange „Kommandowirtschaft“ des alten SED-Regimes führte dazu, daß die Produktionsanlagen der DDR-Betriebe teilweise völlig veraltet sind. Durch die Währungsunion wurde die Wirtschaft dem bloßen Profitinteresse des Kapitals ausgesetzt. Mit jedem Tag des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen ver-

## Veranstaltung in Stuttgart Alternative PDS?

Enttäuscht von der derzeitigen Politik der SPD-Führung hoffen viele Linke auf die PDS als neue sozialistische Partei. Deren Vorsitzender Gregor Gysi war am 7. September zu Gast bei einer Podiumsdiskussion in Stuttgart. Mit ihm diskutierten Verena Krieger (Grüne) und Peter Conradi, Stuttgarter SPD-MdB, der im Bundestag gegen den Staatsvertrag gestimmt hat, über die „Linke in Deutschland“.

Trotz langer Schlange vor der Kasse und 6 DM Eintritt waren gut 1000 Leute gekommen. Wer allerdings eine kämp-

ferische Versammlung der radikalen Jugend erwartet hatte, wurde enttäuscht. Stöckelschuhe waren gegenüber Birkenstock-Sandalen klar in der Mehrheit, das Publikum überwiegend „gutsituiert“, mittleren Alters, Aufbruchsstimmung kam erst gegen 23 Uhr auf.

Entsprechend dem Publikum war dann auch die Diskussion – vor allem Vergangenheitsbewältigung. Hier verstand es der schlagfertige Gysi gut, den Finger in die Wunden der SPD zu legen. Durch seine ironischen (oft auch zynischen) Stiche, wobei er auch die ei-

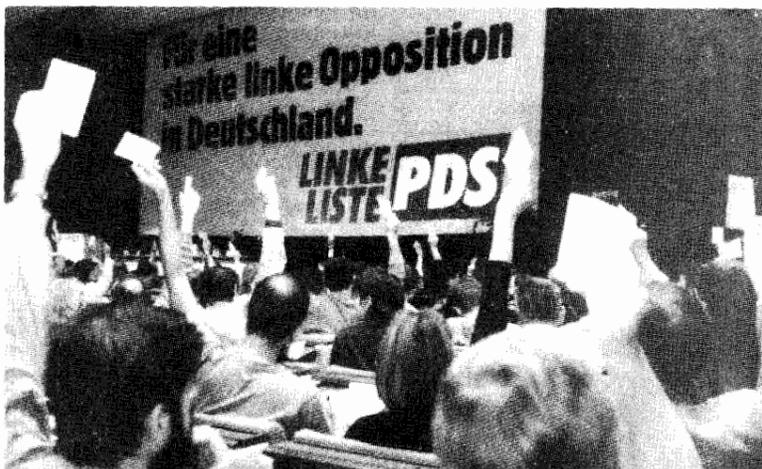
gene Geschichte nicht aussparte, konnte Gysi einige Sympathien gewinnen. Wirklich programmatische Aussagen oder Antworten auf aktuelle Probleme kamen aber höchstens am Rande vor.

So war er mit keinem Wort gegen die kapitalistische Vereinigung Deutschlands (man hätte nur einiges besser machen können). Dafür ist er aber ausdrücklich gegen eine verstaatlichte Wirtschaft – stattdessen für das harmonische Nebeneinander vieler verschiedener Eigentumsformen. Vielleicht sollte man ihm erklären, daß ein solches Nebeneinander entweder zum Sieg der Privatwirtschaft (d.h. Kapitalismus) führen oder der Staat eingreifen muß, was im Endeffekt doch die Notwendigkeit einer Planwirtschaft aufzeigt.

Bezeichnend ist auch, daß Gysi auf die Frage, wie er es mit den Worten Klasse, Klassenkampf, Ausbeutung usw. halte, mit keinem Wort einging. Sein Ziel war ganz klar, sich und die PDS als die besseren Sozialdemokraten darzustellen. Nach dieser Diskussion war den meisten (der recht zahlreich anwesenden) Jusos klar, daß die PDS in der BRD weder vom Programm noch von der Anhängerschaft eine Alternative zur SPD darstellen kann.

(Vielleicht hat Gysi selbst auch schon Zweifel – er kaufte jedenfalls seine VORAN zum Solidaritätspreis. Insgesamt wurden etwa 50 Zeitungen bei der Veranstaltung verkauft.)

Kai Ruoff, Stuttgart, Jungsozialist



Wahlkongreß der „Linken Liste/PDS“

### VORAN-Wochenendseminar im Oktober 1990

Themen: „Die Golfkrise und ihre Auswirkungen auf die BRD“, „Nach der deutschen Vereinigung: Deutschland wohin?“ und „Perspektiven für die Bundestagswahl 1990“.

Es sind noch einige Plätze frei. Anmeldung über die Redaktion.

... mach' mit bei den Jusos!



## Programmdebatte

# Welches Programm für Gesamtdeutschland?

Mit der Vereinigung und den gesamtdeutschen Wahlen ist die DDR als eigenständiger Staat endgültig ausgelöscht. Das soziale Gefälle bleibt natürlich bestehen und wird sich sogar vertiefen – trotz Gerede vom „einig Vaterland“. Auch die ökologische Misere nimmt eher zu. Der vorläufige Sieg des Kapitals durch die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR und den Anschluß wirft die Frage auf, welches konkrete Programm geeignet ist, die Interessen der Masse der arbeitenden Bevöl-

kerung und der Jugend zu vertreten und sie zum Kampf gegen die Politik des Kapitals zu mobilisieren. Zur ersten gesamtdeutschen Wahl treten drei Parteien an, wenn auch mit höchst unterschiedlichen Erfolgsaussichten, die sich den Kampf für sozialen und ökologischen Fortschritt auf die Fahne geschrieben haben: die SPD, die Grünen und die Linke Liste/PDS. VORAN-Autoren haben einige ihrer programmatischen Aussagen untersucht.

## SPD

### Anpassung an „Sachzwänge“

Eine Reihe der im SPD-Programm vorgeschlagenen Reformen wären zweifelsohne ein Fortschritt. Sie sind aber weit entfernt davon, die unter der Kohl-Regierung betriebene Umverteilung rückgängig zu machen.

Zentraler Programmpunkt des SPD-Programms ist die sogenannte Ökosteuern. Durch diese indirekte Steuer auf Benzin, Diesel, Heizöl, Gas und Ölprodukte will eine künftige SPD-Regierung 30 Milliarden Mark abkassieren. Weitere 4,5 Milliarden Mehrwertsteuer, die automatisch durch die Ökosteuern anfallen, hat der Verbraucher an den Fiskus zu zahlen. Die Ökosteuern soll verwendet werden für höhere Grundfreibeträge bei der Steuer, staatliche Zuschüsse für Energiesparinvestitionen bei Gebäuden und steuerliche Förderung von Umweltschutzinvestitionen der Unternehmer.

#### „Marktkräfte“

Die Marktkräfte – sprich: hohe Preise – für den Umweltschutz nutzen, das ist die Idee, die hinter der Ökosteuern steckt. Energie soll so teuer werden, daß die Verbraucher dadurch zum Sparen gezwungen werden sollen. Wer sich da einschränken muß, ist in einer Klassengesellschaft klar: die Arbeiterklasse. Den Arbeitnehmerhaushalt trifft die Benzin- und Heizölverteuerung stärker als die Reichen. Die Reichen dürfen weiter Energie verschwenden und die Umwelt verschmutzen, schließlich können sie es sich ja leisten.

Daß die vielbeschworenen Marktkräfte untauglich sind, um die Umwelt zu schützen, gesteht das Regierungsprogramm indirekt selber ein. Die Unternehmer müssen erst Geld vom Staat erhalten, damit sie Umweltinvestitionen tätigen. Ein beachtlicher Teil der Umweltinvestitionen soll direkt vom Staat betrieben werden. Marktwirtschaftlich daran ist, daß sich der Staat das Geld nicht von den Unternehmern holt, die im Geld schwimmen, sondern die Masse der Bevölkerung schröpft. Gerade für sie ist aber nach der Ölpreisverteuerung der letzten Wochen eine weitere Spritpreiserhöhung unannehmbar. Nicht nur die Benzinpreise werden steigen. Die Ökosteuern wird die Preise insgesamt in die Höhe treiben, denn die Unternehmer werden ökosteuernbedingte höhere Produktionskosten getreu den Gesetzen der Marktwirtschaft auf die Verbraucher abwälzen.

„Wer Energie verschwendet, soll dafür bezahlen; wer Energie spart soll belohnt werden.“ So steht es im SPD-Programm. Als ob die Masse der Autofahr-

er für das energieverschwenderische, umweltzerstörende Verkehrssystem verantwortlich ist. Wo bleiben denn die gut ausgebauten und billigen öffentlichen Verkehrsmittel? Selbst „Fortschritt 90“ betont nicht die absolute Priorität des öffentlichen Verkehrssystems.

Warum sollen Mieter durch höhere Heizrechnungen für schlechte Häusersolierung und ineffiziente Heizsysteme verantwortlich gemacht werden?

Die SPD-Ökosteuern verhält sich zur Steuerpolitik der CDU wie die Unternehmenspolitik von Öko-Waschmittelherstellern zu traditionellen Waschmittelherstellern; Hauptsache, man zieht der Bevölkerung das Geld aus der Tasche. Angesichts des gestiegenen Umweltbewußtseins geht es eben besser, wenn ein Waschmittel einen blauen Engel oder eine Steuer das Vorwort „Öko“ erhält. Es bleiben Mogelpackungen.

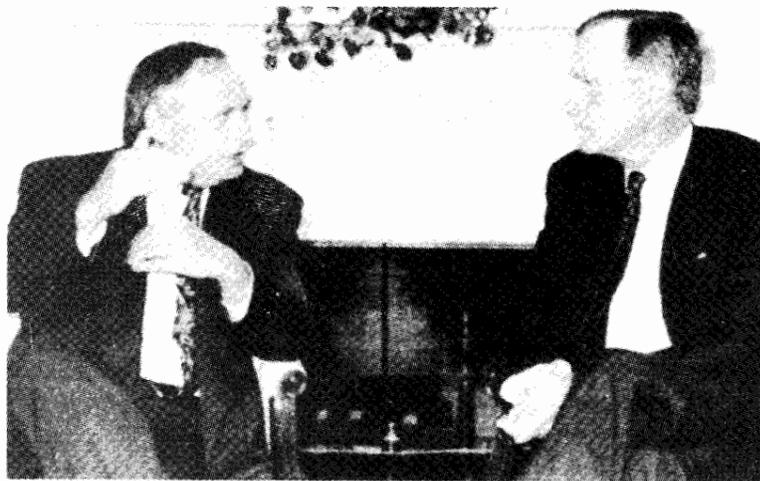
Über die Ökosteuern hinaus will die SPD zusätzlich Umweltabgaben einführen. Die Abwasserabgabe soll erhöht werden, sprich die Mietnebenkosten werden steigen. Auf Einweggetränkpackungen soll eine Abgabe erhoben werden. Der Handel wird die Abgabe weitergeben an den Konsument. Lediglich die Luftschadstoffabgabe und die Abgabe auf Sondermüll wird die Unternehmer treffen. Unternehmen mit Monopolstellung – wie die Energiekonzerne – werden diese Abgaben über höhere Preise abwälzen. Für nukleare Unfälle wird eine höhere Risikoabdeckung der Atomstromproduzenten gefordert.

Und das Programm fügt ausdrücklich hinzu, daß „diese Kosten der Kernenergie in die Preiskalkulation eingehen müssen“. D.h. Strompreiserhöhungen. Wer in seiner Wohnung eine Stromspeicherheizung hat, wird besonders hart getroffen.

#### Soziale Gerechtigkeit

Unter dem Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ ist hauptsächlich davon die Rede, wie innerhalb der arbeitenden Bevölkerung umgeschichtet werden kann. Das führt zur Spaltung innerhalb der SPD-Anhängerschaft, die nur den Unternehmern nützt. Es muß aber darum gehen, die enormen gesellschaftlichen Ressourcen in Deutschland für die Vermehrung der Lebensqualität der arbeitenden Bevölkerung zu nutzen.

Jeder Erwerbstätige erwirtschaftet in der BRD im Jahr eine Wirtschaftsleistung von 86.420 Mark; in der DDR sind es immerhin 31.720 DM. Würde man die Arbeitskraft der 2 Millionen Arbeitslosen der BRD und der 1,5 Millionen in der DDR nutzen, könnte der



Oskar Lafontaine (hier mit Kriegstreiber Bush) sieht sich als „Realpolitiker“.

gesellschaftliche Reichtum bzw. das Bruttosozialprodukt in ganz Deutschland um über 200 Milliarden Mark im

Jahr erhöht werden. Weit mehr als 10% Wirtschaftswachstum wären möglich, wenn Arbeitslose und die Millionen

## Linke Liste/PDS

# Sozialistischer Anspruch nicht eingelöst

Insgesamt aber ist das Programm der Linken Liste/PDS voll mit guten und entscheidenden Forderungen für Arbeit, Jugend, Frauen und nicht zuletzt Umwelt. Es stellt eine klare Absage an die Politik von Kohl und Kapital dar und ist, im Gegensatz zu dem der SPD, weit offensiver.

Wie im Programm richtig bemerkt wird: „Zu den negativen ökonomischen und sozialen Folgen der Anschlußpolitik auf dem Gebiet der DDR kommen die ungelösten Probleme und Folgen der großen Wirtschaftskrise von Anfang der 80er Jahre in der Bundesrepublik.“ Und weiter: „Bei kräftig gestiegenen Gewinnen ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen auf das Niveau der fünfziger Jahre zurückgegangen.“

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, den Beschäftigten in West und Ost ein konkretes Programm anzubieten, welches verhindert, daß die Kosten der Einheit auf ihren Rücken abgewälzt werden. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Werktätigen in Ost gegen die in West ausgespielt werden können.

Die Antwort der Linken Liste/PDS heißt „Demokratisierung der Gesellschaft“ und „Demokratisierung der Wirtschaft“. Gemeint sind damit gute und wichtige Reformen, die teilweise schwach formuliert sind:

– Sicherung eines Erst-Ausbildungs- oder Studienplatz für jeden Jugendlichen, mindestens dreijährige Beschäftigungsgarantie nach Abschluß der Ausbildung.“

– Die zügige Verkürzung der tägli-

chen Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich; Abbau von Überstunden.“

– Schrittweise Anhebung der in der DDR gezahlten Löhne, Gehälter, Renten, Stipendien und anderen Leistungen auf das Niveau der BRD.“

Um Massenarbeitslosigkeit wirklich zu bekämpfen, brauchen wir die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung. 71% der Beschäftigten in der DDR haben ein Einkommen von unter 1000 DM, und nur 1% verdient über 2000 DM, d.h. ca. 50% weniger als in der BRD. Und dies bei gleich hohen Preisen, teilweise sogar darüber. Nicht „schrittweises“, sondern sofortiges Anheben der Löhne auf Westniveau muß die Antwort sein.

Ein linkes Programm mit sozialistischem Anspruch aber muß daran gemessen werden, was es über konkrete tagespolitische Forderungen hinaus an Perspektive aufzeigt, wie Verbesserungen erkämpft und gesichert werden. Das Programm läßt dies schwer erkennen. Mit guten Forderungen allein ist es eben nicht getan.

#### Antikapitalistisch und orientierungslos

„Der Kampf für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, wenn er ernst gemeint ist, wird letztlich immer ein antikapitalistischer sein!“ (Gregor Gysi) Das hört sich zwar ganz nett an, aber was steckt dahinter? Wenn dies wirklich ernst gemeint ist, heißt es doch, daß die Linke Liste/PDS für den weltweiten Sturz des Kapitalismus und der Errichtung von Arbeiterdemokratien ein-

nicht registrierter arbeitswilliger Frauen in die Wirtschaft integriert würden.

Die SPD-Spitze mußte sich nicht den Kopf darüber zerbrechen, wo gespart, sondern wie der gestiegene gesellschaftliche Reichtum im Interesse von Mensch und Natur am besten verwendet wird. Die ganze Diskussion über die Ökosteuern wäre hinfällig, weil durch höhere Produktion weit mehr Mittel geschaffen werden. Durch gesellschaftliche Planung könnte ein optimales umweltschonendes Verkehrs- und Energiesystem geschaffen werden, das wiederum enorme Kostenersparnisse brächte. Allein die umweltzerstörenden und sozialen Folgekosten des Autoverkehrs betragen 80 Mrd. DM.

Voraussetzung dafür, um an die notwendigen Mittel heranzukommen, ist Gemeineigentum an Produktionsmitteln und eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Ursel Beck, Stuttgart, SPD-Mitglied

treten muß.

Die Linke Liste/PDS bleibt offen über ihre Position zur Marktwirtschaft. Da das Wahlbündnis darüber keine Einigung erreichen konnte, stehen nun verschiedene Positionen im Programm. Uneingigkeit darüber, was nun „antikapitalistisch“ ist, wird als „linkes Bündnis“ präsentiert, Orientierungslosigkeit zum Prinzip erklärt: „Die Linke Liste/PDS will eine kritische Stimme in der Gesellschaft und in den Parlamenten sein. Sie ist auch kritisch gegenüber sich selbst. Der Widerspruch und der Zweifel gehören zu unserem Selbstverständnis.“

Die PDS selbst scheint jedenfalls über eins keinen Zweifel mehr zu haben. In ihren Parteitagthesen heißt es zu „Marktwirtschaft, Pluralität, Individualität, politische Gewaltenteilung“: „Da solche Prinzipien fortschrittlich sind, sind sie nicht spezielle Kennzeichen des Kapitalismus, sondern des allgemeinen Zivilisationsfortschritts.“ Marktwirtschaft also als Gipfel des bisherigen Menschheitsfortschritts.

Weiter wird unter „Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse“ nicht etwa Gemeineigentum unter demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle verstanden, sondern „daß Profitmechanismen zunächst nicht beseitigt sind, aber deren unangefochtene Herrschaft eingeschränkt und neuen gesellschaftlichen Zielen zugeordnet ist“. Das ganze soll sich natürlich „schrittweise“, durch einen „neuen Typ gesellschaftlicher Evolution“, einen „langfristigen Transformationsprozeß“ vollziehen – über einen linken Reformismus ziemlich alt hergebrachten Typs kommt die PDS nicht hinaus.

Carsten Becker, Kassel  
Jungsozialist

# Programmdebatte

## Die Grünen

# Die „Alternativen“ ohne Alternative

In ihrem Programm zur Bundestagswahl 1990 entwickelten die Grünen Ideen, wie ein Ausweg aus der kapitalistischen Umweltkrise zu finden sei: „Eine neue Form des Produzierens muß gefunden werden, die die Vorzüge des Marktes in der Versorgung mit einer strukturellen Rahmenplanung verbindet.“

Wer sich von den überdurchschnittlich guten BRD-Verhältnissen nicht blenden läßt und einen Blick auf die internationale Situation riskiert, wird feststellen müssen, daß von jenen Vorzügen des Marktes in der Versorgung absolut keine Rede sein kann. Der jetzige Aufschwung, der vor allem westlichem Kapital zu Profit verhilft, wird u.a. durch die niedrigen Rohstoffpreise in der exkolonialen Welt finanziert. Die Kehrseiten des Aufschwungs sind Massenelend und blutige Diktaturen in unterentwickelten Ländern. Der Mehrheit der Weltbevölkerung hat der Markt nichts zu bieten als Barbarei.

Auch in den Industrieländern haben die Versorgungsvorzüge des Marktes ihre Grenzen. Auf dem BRD-Wohnungsmarkt ist davon jedenfalls nichts

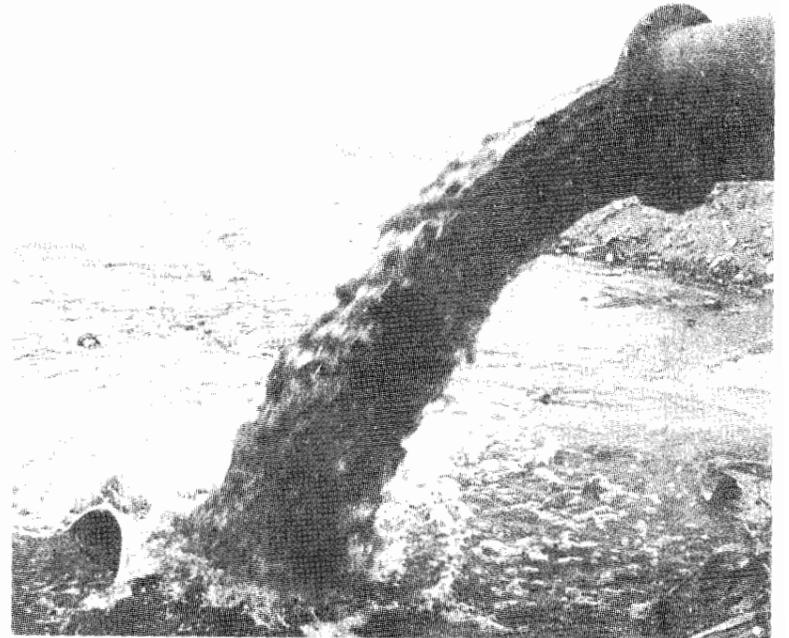
zu spüren, obwohl die steigende Nachfrage nach Wohnraum absehbar war. Die Nachfrage gilt jedoch vor allem billigen Wohnraum, mit dem kein Profit zu machen ist. Und welche Vorzüge mag wohl ein Arbeitsloser oder Sozialhilfeempfänger empfinden? Die Masse der Bevölkerung in Ostdeutschland macht auch gerade entsprechende Erfahrungen: Zwar sind jetzt die Regale voll, aber man kann sich vieles nicht mehr leisten. Was soll daran besser sein? Sie sind vom Regen der stalinistischen Kommandowirtschaft in die Traufe der Marktwirtschaft gekommen.

Der Vorschlag der Grünen, Kapitalismus und staatliche Reglementierung, Rahmenplanung usw. zu kombinieren, ist nicht sehr neu. Bisher war wenig von dieser Politik jemals erfolgreich. Wie kann überhaupt eine „strukturelle Rahmenplanung“ aufgestellt werden und wie soll die Umsetzung der Planung kontrolliert werden, wenn die Wirtschaft von den Kommando-Frühen einiger Dutzend Banken und Konzerne gelenkt wird? Schon die Umsetzung und Kontrolle der jetzigen völlig unzureichenden Umweltauflagen und Ge-

setzen ist nahezu unmöglich, unter anderem auch, weil die meisten Konzerne international organisiert sind und sich so Umweltgesetzen entziehen können. Der schlichte Ruf nach weiteren und schärferen Gesetzen macht da wenig Sinn.

### Weltweite Konzerne

„Um die Marktbeherrschung durch einige wenige Konzerne zu verhindern, muß das Kartellrecht – auch auf europäischer Ebene – verschärft werden. Darüberhinaus halten die Grünen eine Entflechtung der Großkonzerne für notwendig. ... Beteiligungen von Banken an Wirtschaftsunternehmen sind auf Null zurückzuführen“, heißt es im Programm der Grünen. Die Ohnmacht des Kartellamtes, z.B. gerade jetzt wieder gegenüber den Ölmultis oder gegenüber der Ausdehnung der Monopole auf das Gebiet der DDR (Beispiel Allianzversicherung), scheint den Grünen ebenso zu entgehen wie die massive Zunahme von Banken- und Konzernverflechtungen hier und auf internationaler Ebene in den 80er Jahren. Keine staatliche Institution konnte die aufhal-



Die Verschmutzung der Elbe in der DDR. Umweltpolitik wird in den nächsten Jahren einen noch höheren Stellenwert bekommen.

ten noch wird sie es in Zukunft können. Denn staatliche Einrichtungen sind selbst mit den Konzerninteressen verflochten. Ganz davon abgesehen liegt das Übel nicht an der Größe von Konzernen, sondern daran, daß sie im Interesse des Privatkapitals funktionieren.

An anderer Stelle steht: „Weltbeherrschende Konzerne haben mehr Macht als nationale Regierungen ...“, letztlich (ist) das international agierende Kapital nur durch eine Gegenmacht von Belegschaften, Gewerkschaften, Verbrauchergruppen ... zu bändigen.“ Doch anstatt diesen richtigen Ansatz konsequent zu verfolgen, geben sich die Grünen neuen Illusionen in Bezug auf zwischenstaatliche Einrichtungen hin. Als ob das, was an staatlichen Einrichtungen auf nationaler Ebene schon nicht in unserem Interesse funktioniert, dadurch besser wird, daß mehrere Staaten daran beteiligt sind. über die Vereinten Nationen z.B., eine machtlose Einrichtung, die zwischen den konkurrierenden Interessen der Mitgliedsstaaten eingeklemmt ist, schreiben die Grünen: „Die UN sind als multilaterale Regelungsebene für eine solidarische Weltgemeinschaft ohne Alternative.“ Auch andere Organisationen, wie z.B. der IWF (Internationaler Währungsfond), sollen entgegen ihrem Charakter in wohlthätige Organisationen umgewandelt werden.

Die Macht der multinationalen Kon-

zerne ist leider nicht einfach mit Hilfe der ihr unterwürfigen Organisationen zu brechen. Vielmehr ist die „Gegenmacht von Belegschaften, Gewerkschaften, Verbrauchergruppen“, also der internationalen Arbeiterklasse die einzige Kraft, die ein wirkliches Interesse am Sturz des internationalen Kapitals haben kann.

Umweltfragen werden von den Grünen losgelöst von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen betrachtet. Sie appellieren dabei an die Unternehmermoral und deren Vernunft. Es ist aber zu abstrakt, von Moral und Vernunft zu sprechen, denn diese sind ein Ausdruck konkreter Interessen. Aus Profitgesichtspunkten kann Umweltverschmutzung und Ausbeutung durchaus „vernünftig“ sein. Da die Partei Umweltfragen weder mit der Machtfrage in der Gesellschaft verbindet, noch mit dem Ansatz, daß nur die arbeitende Bevölkerung in Kämpfen um konkrete Verbesserungen etwas erreichen kann, läßt sie keine Möglichkeit zu erklären, wie ihr Programm umgesetzt werden kann. Daher beschränken sich die Grünen auch in ihrer praktischen Politik zunehmend auf rein parlamentarische Auseinandersetzungen und haben keine glaubwürdige Durchsetzungsperspektive ihrer guten Absichten zu bieten.

Wiebke Möbius, Göttingen  
Jungsozialistin



Wahlkampfzug der Grünen – das Programm ist weniger attraktiv.

# SPD braucht sozialistisches Programm

Sozialismus ist eine Gesellschaft, in der die arbeitende Bevölkerung ihre Geschicke in die eigene Hand nimmt, Wirtschaft und Staat in ihrem Interesse lenkt. Er kann nur von der Mehrheit selbst durchgesetzt werden. Dazu bedarf es einer organisierten Kraft, einer Partei sowohl mit breiter Verankerung in der Arbeitnehmerschaft als auch mit sozialistischem Programm. Die PDS hat beides nicht, ebensowenig die Grünen, die auch gar keinen sozialistischen Anspruch verfolgen.

Die SPD dagegen ist die Partei der Lohnabhängigen mit entsprechender Verankerung und Tradition in der Arbeiterbewegung. Weil die sozialistische Alternative notwendig und machbar ist, müssen wir darum kämpfen, daß sie zum Programm der Partei wird. Wir treten für eine SPD-Mehrheit und gegen Koalitionen mit bürgerlichen Parteien ein. Wenn die SPD keine Mehrheit bekommt, muß sie versuchen, Grüne bzw. PDS für die Umsetzung sozialistischer Politik zu gewinnen.

## Dafür kämpft VORAN:

- Keine Finanzierung der Einheit durch Steuererhöhungen für die arbeitende Bevölkerung; Gesamtdeutscher Kassensturz unter Einbeziehung der Unternehmerkassen.

- Rücknahme aller Kohl'schen Steuerwohltaten an die Reichen; stattdessen massive Besteuerung der Gewinne und Vermögen; Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).

- Finanzierung eines massiven staatlichen Programms zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.

- Erhalt und Ausbau des Lebensstandards auf dem in Ost und West jeweils höchsten erreichten Niveau, d.h. kostenlose Kinderkrippen, Verbot der Aussperrung, staatliches Gesundheitswesen, Rohstoff-Recycling-System, Trennung von Staat und Kirche, keine Schulzeitverkürzung, etc.

- Drastische Abrüstung und weitere Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes auf 9 Monate; Überführung der Rüstungsindustrie in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung; Umstellung auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion, bei Garantie des Arbeitsplatzes bzw. der vollen Lohnfortzahlung bei Umschulung.

- Sofortiger Stop von Rüstungsexporten. Weder direkter noch indirekter Einsatz der Bundeswehr außerhalb Deutschlands. Deutschland raus aus der NATO.

- Arbeit für alle statt Massenarbeitslosigkeit. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.

- Statt Alu und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschl. Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.

- Statt „Tatort-Prinzip“ und faule Kompromisse: ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Familienplanung; 100%ige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder von 0-15 Jahren zum Nulltarif.

- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.

- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.

- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaat-

lichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die arbeitende Bevölkerung zur Durchsetzung eines solchen Programms mobilisiert und für eine neue Verfassung auf dieser Grundlage eintritt. Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und eine neue internationale Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausbeuteten und Unterdrückten.



## Internationales

# Wohin treibt die Sowjetunion?

**Im Westen wird Gorbatschow als großer Reformator und Staatsmann gefeiert. Im eigenen Land hat er bei Meinungsumfragen nur noch 18% Zustimmung. Der Volksmund nennt die Perestroika schon „Katastroika“. In einem von ihm und Boris Jelzin unterstützten Plan soll die Sowjetunion in 500 Tagen wieder kapitalistisch werden. Was würden die Folgen für die Arbeiter sein?**

In fünf Jahren Perestroika sind die Regale immer leerer geworden. In einigen Städten mußten Lebensmittel rationiert werden, Anfang September gab es noch Engpässe bei der Brotversorgung. An jedem zweiten Artikel des Massenbedarfs herrscht Mangel. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sank die Industrieproduktion um 2% (in der Schwerindustrie sogar um 2,8%). Die Kohleförderung im Donbass hat sich halbiert, die Erdölförderung sank um 15 Millionen Tonnen.

Wegen dieser schlechten Versorgungslage gab es schon in mehreren Orten Krawalle. In Tscheljabinsk demonstrierten am 23. August aufgebrachte Kunden ein Kaufhaus, das Parteigebäude, die Stadtverwaltung und 13 Militärs. Elf Polizisten wurden verletzt. Am 11. Juli streikten Bergleute von der Ukraine bis zum über 6000km entfernten Magadan, unter anderem für den Rücktritt von Ministerpräsident Ryschkow. Im Donbass waren von 250 Zechen 124 für 24 Stunden bestreikt, 110 während ein bis sechs Stunden.

Die Nationalitätenkonflikte verschärfen die wirtschaftliche Lage. Die einzelnen Republiken erklären ihre Souveränität und beanspruchen Verfügungsgewalt über ihre Bodenschätze. Das einheitliche Wirtschaftsgebiet wird dadurch immer mehr zersplittert.

### Leistungen der Planwirtschaft

Die gegenwärtige bürgerliche Propaganda verschweigt, daß die Sowjetunion in den ersten Jahrzehnten der Planwirtschaft ungeheure wirtschaftliche Leistungen vollbracht hat. Trotz der Zerstörungen im 2. Weltkrieg und trotz der wirtschaftlichen Schäden durch die verschwerende Politik der herrschenden Stalinisten bewies die Planwirtschaft ihre Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus. Sie ermöglichte eine Entwicklung von einem Agrarland zur einer Industrienation. Die zweistelligen Wachstumsraten stellten lange Zeit auch das deutsche „Wirtschaftswunder“ in den Schatten.

Aber in der Sowjetunion herrscht seit über 65 Jahren eine Kaste von Bürokraten, die nur daran interessiert sind, ihre Privilegien zu schützen und auszubauen. Diese Bürokraten erstellen Pläne, die ihren Interessen entsprechen und nicht denen der Bevölkerung. Vor-

allem wird die Wirtschaft immer komplizierter, je weiter sie sich entwickelt. Eine Behörde kann nicht einen detaillierten Plan über fünf Jahre für ein riesiges Land aufstellen. Das ist bürokratischer Größenwahn.

Trotzki hatte seit 1921 einen zentralen Plan gefordert, aber er wußte immer, daß das nur ein „Rahmen“ sein kann, der durch die lokalen Planbehörden und Betriebe ausgefüllt wird, eine „Arbeitshypothese“, die laufend korrigiert und weiterentwickelt werden muß. Vor allem muß der Plan durch die Arbeiter selbst, das heißt durch die Sowjetdemokratie kontrolliert werden. „Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff“ (Trotzki). Nur so kann sichergestellt werden, daß die Pläne den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen. Nur so können in einer Gesellschaft, in der niemand durch die Angst vor Arbeitslosigkeit zur Arbeit angetrieben ist, die Menschen auf Dauer zu sorgfältiger Arbeit motiviert werden.

Der erste wirkliche Plan – der 5-Jahresplan von 1929 – wurde schon unter den Bedingungen der Diktatur und Entmündigung der Arbeiter von oben aufgestellt. Da eine demokratische Planwirtschaft nicht existierte, mußten für die wirtschaftlichen Erfolge die doppelten und dreifachen Opfer gebracht werden. Je weiter sich die Wirtschaft entwickelte, desto mehr wurde sie durch die Unfähigkeit der Bürokratie behindert. Da die einzige wirkliche Lösung der Widersprüche, die demokratische Planwirtschaft, den Sturz der Bürokratie vorausgesetzt hätte, versuchte diese mit kapitalistischen Methoden die Spannungen zu mildern. Stalin selbst hat 1935/36 die ersten dergleichen Versuche unternommen (Abschaffung der Lebensmittelkarten, Ausweitung der Akkordlöhne).

Nach einem Zickzack-Kurs unter Chruschtschow machte Kossygin 1965 einen Versuch, in den Betrieben wirtschaftliche Rechnungsführung einzuführen. Aber ihre Umsetzung wurde von den Vollbeschäftigung und geringe Arbeitsintensität gewöhnten Arbeitern nicht geduldet. Sie existierte in politökonomischen Lehrbüchern, aber nicht in den Betrieben.

Gorbatschow hat seine Amtszeit ähnlich begonnen wie seine Vorgänger: Er hat Korruption, Ineffizienz und Ver-

schwendung kritisiert und eine Steigerung der Konsumgüterproduktion versprochen. Da sich die gesellschaftlichen Widersprüche enorm verschärft hatten, konnte er aber dabei nicht stehenbleiben. Zusätzlich kündigte er eine Demokratisierung an (Wahlen von Betriebsmanagern, innerhalb der Partei etc.). Aber diese Maßnahmen sollten nur dazu dienen, das stalinistische System effizienter zu machen.

### Totengräber Gorbatschow

Seit Stalin hat die Bürokratie zwar die Arbeiter unterdrückt, aber die ökonomischen Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigt: Planwirtschaft, Staatseigentum, Außenhandelsmonopol. Aber Trotzki warnte schon 1936, daß die Bürokratie das Staatsei-



Bergarbeiter im Streik.

gentum „nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet“, verteidigt. Auf Dauer müsse sie zu seinem Totengräber werden. Genau dazu ist Gorbatschow jetzt entschlossen. Wie vorher schon Jelzin hat er sich jetzt mit diesem für einen schnellen Übergang zur Marktwirtschaft (im Gegensatz zu Ryschkow) ausgesprochen. Aber sein neues Programm würde Rußland in 500 Tagen um eine Geschichtsepoche zurückwerfen.

Das Programm sieht gestaffelt die Privatisierung von insgesamt zwei Dritteln der Industrie und 90% von Bauwesen und Einzelhandel vor sowie die Freigabe fast aller Preise und die Streichung der Subventionen für Verlustbetriebe. Ryschkows Arbeitsminister Schtscherbakow rechnet dabei mit bis zu 40 Millionen Arbeitslosen, Ryschkow selbst mit einem Rückgang des Lebensstandard um 30%. Die Auswirkungen auf die Produktion werden ähnlich wie in Polen sein. Dort ist die Industrieproduktion gegenüber dem letzten Jahr um 30% gesunken.

Um sein Programm durchzusetzen hofft Gorbatschow auf die Hilfe des Westens. Er geht bei den westlichen Imperialisten betteln, akzeptiert die Ausdehnung der NATO zur Oder, unterstützt den Aufmarsch der Imperialisten im Nahen Osten, unter dem nicht Sad-

dam Hussein, sondern die irakische Bevölkerung leidet. Die Sowjetunion hat sich dem Imperialismus auch politisch untergeordnet.

### Reaktion der Arbeiter

Aber obwohl Gorbatschow gemäß den Interessen der Kapitalisten handelt, bekommt er von ihnen keine entscheidende Hilfe. Im Unterschied zur DDR mußte der Kapitalismus von innen heraus eingeführt werden. Bei jedem Schritt Richtung Kapitalismus wird die sowjetische Arbeiterklasse deutlicher spüren, daß es ein Schritt rückwärts ist. Auch jetzt schon ist die Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft sehr groß. Nur ist die Ratlosigkeit, wie eine Alternative aussehen könnte, noch größer.

Es kann im Herbst zu einer großen Streikwelle kommen, weil die Arbeiter Massenarbeitslosigkeit und eine weitere Verschlechterung der Versorgungslage nicht kampflos hinnehmen werden. Die Arbeiter haben wenig Kampferfahrung, es mangelt an klarer Führung und klarem Programm. Deshalb sind Niederlagen der Bewegung möglich. So könnte das Programm der Marktwirtschaft fortgesetzt werden.

Aber Massenarbeitslosigkeit, Inflation und sinkender Lebensstandard würden hohe gesellschaftliche Spannungen erzeugen, mit denen eine bürgerliche Demokratie unvereinbar ist.

pitalistische Restauration am leichtesten sein – das heißt, sie wird ähnlich gigantische Schwierigkeiten aufwerfen wie in Polen oder der Tschechoslowakei, wo die Wiedereinführung des Kapitalismus auch noch keineswegs ausgemacht ist. Andere Regionen, wie der Kaukasus oder Zentralasien, werden vielleicht für Jahre in Chaos und Barbarei versinken. Der Libanon zeigt, wie es dort in ein paar Jahren aussehen kann.

Da ein Großteil der sowjetischen Militärführung noch nicht zum Kapitalismus übergeschwenkt ist, muß ein Militärputsch nicht prokapitalistisch sein. Auch eine Nachahmung von Jaruzelskis Putsch 1981 ist möglich. Die Moskauer Zeitung „Moskowskije Nowosti“ berichtete im September von Gerüchten, wonach „die Führung der Streitkräfte schon einen genauen Plan hat, um die Lage im Lande unter Kontrolle zu nehmen“.

Die weitere Entwicklung der Sowjetunion hängt auch vom weltweiten Kräfteverhältnis ab. In den letzten Monaten befindet sich der Kapitalismus in einer beispiellosen Offensive. Diese wurde durch das Zusammentreffen eines langen Aufschwungs im Kapitalismus mit der absoluten Krise des Stalinismus möglich. Aber diese Offensive wird nicht ewig dauern. Die Wirtschaftsdaten der USA erinnern daran, daß es keinen Kapitalismus ohne Krisen gibt.

Gleichzeitig sehen wir, daß die Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa zur absoluten Verelendung der Massen führt. Niemand kann sagen, wann genau die nächste Weltwirtschaftskrise kommen wird und wie tief sie sein wird. Sicher ist nur, daß sie kommen und das Bewußtsein der Massen tiefgreifend verändern wird.

### Politische Revolution

Aber neben der kapitalistischen und der stalinistischen Konterrevolution gibt es noch eine dritte Möglichkeit. Es hat schon früher (z.B. 1962 in Novoscherkassk) Arbeiteraufstände gegen Preiserhöhungen und andere Angriffe auf den Lebensstandard gegeben. Die Zahl der sowjetischen Arbeiter ist in den letzten Jahrzehnten von 10 auf 140 Millionen Menschen angewachsen. Sie ist damit die entscheidende Kraft in der Gesellschaft. Deshalb kann auch ein spontaner Aufruhr eskalieren und die Arbeiter an die Macht bringen. Eine starke revolutionäre Arbeiterorganisation wäre notwendig, damit die Arbeiter die Macht auch verteidigen können. In jedem Fall hätte ein solches Ereignis eine ungeheure Ausstrahlungskraft und könnte die Erde mehr verändern als selbst die Oktoberrevolution. Zu einer sozialistischen Entwicklung in der Sowjetunion ist die Errichtung einer Arbeiterdemokratie notwendig. Dazu gehört die Wahl- und Absetzbarkeit aller Funktionäre sowie ihre Bezahlung durch einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Da die heute herrschende Bürokratie das niemals freiwillig akzeptieren wird, ist ihr Sturz durch eine politische Revolution notwendig.

Die Zersplitterung der Sowjetunion in viele kleine Staaten wäre ein historischer Rückschritt. In einer Arbeiterdemokratie wäre maximale kulturelle Autonomie gewährleistet. Unterdrückte Völker, die sich nicht von der Schädlichkeit der Rückkehr zum Nationalstaat überzeugen lassen, dürfen nicht gewaltsam an der Lostrennung gehindert werden. Sie müssen in einem demokratischen Verfahren über ihr Schicksal entscheiden können, ohne Gorbatschows bürokratische Hürden. Nur so können das Mißtrauen und der Haß, der sich während des Stalinismus zwischen den Völkern aufgestaut hat, allmählich abgebaut werden.

Die Politik der Bürokratie geht mehr und mehr in Richtung Wiederherstellung des Kapitalismus. Viele Arbeiter erwarten sich Verbesserungen durch die Marktwirtschaft. Doch gleichzeitig wehren sich immer mehr gegen die prokapitalistischen Angriffe der verhassten stalinistischen Bürokratie. In der kommenden Periode wird es keine Stabilität geben.

Wolfram Klein, Stuttgart  
Jungsozialist



Einkauf nur gegen Personalausweis in Moskau.

# Rumänien Arbeiter scheuen kapitalistischen Weg

Im Mai diesen Jahres gewann die „Front der nationalen Rettung“ (FNR) die ersten freien Wahlen in Rumänien mit überwältigender Mehrheit (siehe VORAN Nr. 121) und die von den westlichen Regierungen unterstützten Oppositionsparteien, die Bauernpartei und die liberale Partei erlitten eine vernichtende Niederlage. Die Enttäuschung in den westlichen Medien war groß.

Als im Juni die Bergarbeiter und die Arbeiter Bukarests den Studentenaufstand niederschlugen, legte die USA ihre humanitäre Hilfe auf Eis und die westliche Presse zog über die Arbeiter her. Die gleichen Arbeiter, die das Ceausescu-Regime mit der Waffe in der Hand gestürzt haben und von den westlichen Regierungen umjubelt wurden, werden jetzt von denselben als „wildgewordene Hunde“ oder „faschistische Gruppen“ beschimpft.

Was hat sich in Rumänien seit dem Beginn der Revolution verändert? Warum und worin unterscheidet sich die Situation gegenüber der in Polen, Ungarn, CSFR und DDR?

In Rumänien hatte der Kampf gegen das alte Regime eine z.B. gegenüber der CSFR und der DDR ganz besondere Qualität. Die Arbeiter bildeten Komitees in den Fabriken, bewaffneten sich und kämpften wochenlang zusammen mit den Soldaten gegen die Securitate (Geheimpolizei) und das verhaßte Ceausescu-Regime. Dieser Sieg gab Selbstbewußtsein und Vertrauen in die eigene Kraft. Während des Kampfes stieß ein sehr weitblickender Teil des al-

ten Staatsapparates in das entstandene Machtvakuum und unterstützte die Arbeiter - aber nur mit dem Ziel, den Sturz der gesamten Bürokratie zu verhindern und Macht und Privilegien zu sichern. Zu diesem Zweck gründete Iliescu die „Front der nationalen Rettung“ (FNR).

Die Arbeiter und Bauern sahen bisher Iliescu und die FNR als ihre Regierung, die sie mit der Revolution ins Amt gehoben haben. Die Massen haben mit der Revolution viele Verbesserungen erkämpft. Es gibt jetzt eine 5-Tage-Woche in den Fabriken, der Mutterschaftsurlaub ist von drei auf zwölf Monate verlängert worden, die Löhne sind gestiegen und auch die Versorgung mit Strom und Heizung ist verbessert worden.

Jeder Bauer hat vom Staat ein kleines Stück Land bekommen. Trotz des vergleichsweise sehr niedrigen Lebensstandards spüren die Arbeiter und Bauern eine Verbesserung ihrer Situation. Sie setzen die Errungenschaften mit der FNR gleich. Das sind die Hauptgründe für die bisherige Unterstützung Iliescus und der FNR durch die Bevölkerung.

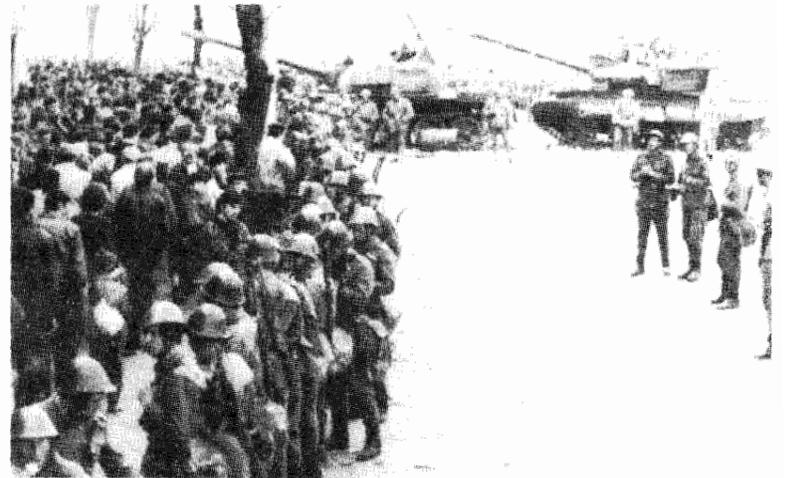
Es gibt noch einen weiteren Aspekt. Die Oppositionsführer Ratiu (Bauernpartei) und Campeanu (Liberale Partei) haben die schnelle Einführung des Kapitalismus zu ihrem Hauptwahlkampfthema gemacht. Sie sind extrem reaktionär und rassistisch, verherrlichen

Großgrundbesitz, Monarchie und das diktatorische Zwischenkriegsregime in Rumänien. Die Arbeiter in Stadt und Land hatten von ihnen nichts Gutes zu erwarten und gaben ihnen den entsprechenden Denkkettel bei den Wahlen.

## Arbeiter und Studenten

Wie in jeder Revolution wird die Gesellschaft als Ganzes politisiert. Es gibt spontane Diskussionen in Betrieben und an Straßenecken. Aber es ist auch eine verstärkt polarisierte Situation. Dies wird besonders an den Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und Arbeitern am 13. Juni deutlich. Die Studenten unterstützen mehrheitlich den Kapitalismus, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Einer der extrem rechten Führer, Marian Manteanu, gestand sogar gegenüber der spanischen Schülerschaft, er bevorzuge die Faschisten gegenüber den Kommunisten und Sozialisten. Derselbe ließ einen Studentensender schließen, nachdem ein englischer Sozialist in einer Sendung den Kapitalismus kritisierte. Die Parolen auf den Studentendemos sind teilweise stark rassistisch. „Raus mit dem spanischen Juden Roman“ (Staatspräsident Petre Romans Mutter ist Jüdin) oder „Iliescu ist ein Hurensohn, der ein Bordell von Roten und Juden leitet“ waren keine Ausnahme.

Ermutigt durch die große Unterstützung bei der Wahl und die zunehmende Isolation der Studenten, versuchte die FNR, die schon wochenlang andauernden Studentenproteste auf dem Universitätsgelände aufzulösen. Dies pro-



Im März zeigten die Unruhen zwischen Ungarn und Rumänien, daß Nationalismus nicht im Interesse der Arbeiter ist.

Machtübernahme hätten nehmen können. Iliescu schien sich der bewaffneten Einheiten in Bukarest nicht sicher zu sein und rief über Funk und Fernsehen die Bukarester Arbeiter und die Bergarbeiter zu Hilfe.

Diese reagierten ziemlich schnell, da sie die ersten freien Wahlen und ihre Errungenschaften verteidigen wollten. Es gab teilweise brutale Übergriffe seitens der Arbeiter gegen die Studenten. Sie waren nicht notwendig und hätten unterbleiben sollen. Denn sie waren ein Hindernis für alle Studenten, die sich vor allem durch einen berechtigten Haß gegen die Bürokratie leiten ließen, die Motive der Arbeiter kennenzulernen und zu ihnen überzugehen. Die westlichen Medien haben aber genau diese Übergriffe aufgebauscht, um die Arbeiter in Verruf zu bringen, die nichts weiter taten, als ihre Interessen gegen die reaktionäre Führung der Studentenbewegung zu verteidigen.

## Arbeiter und FNR

Die Arbeiter und die FNR kämpften zu diesem Zeitpunkt gemeinsam gegen die Konterrevolution, aber aus unterschiedlichen Interessen: die Arbeiter, um die Errungenschaften der Revolu-

Staatspräsident Petre Roman, zu den Befürwortern eines schnellen Weges zum Kapitalismus. Innerhalb von 18 Monaten will er die rumänische Währung konvertibel (tauschbar mit westlichen Währungen) machen, kleinere und mittlere Betriebe privatisieren und große Staatsbetriebe sogar schließen. Dies würde Inflation und Massenarbeitslosigkeit bedeuten, aber vor allem heftige Gegenwehr der Arbeiter provozieren.

## Weder Kapitalismus noch Stalinismus

Die Arbeiter unterstützen vorerst noch die Regierung, aber sie sind kritisch und haben ihr keinen Blankoscheck ausgestellt. Sie werden sich gegen Privatisierungen und Betriebs-schließungen wehren. Die rumänischen Arbeiter und Bauern haben am wenigsten vom Kapitalismus zu erwarten. Das ist ihnen klar, wenn sie nach Polen schauen. Die verschiedenen Flügel der Bürokratie werden sich über das Ob, über den Weg und die Geschwindigkeit zum Kapitalismus streiten und aufspalten. Mit zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Problemen könnte auch hier die Mehrheit der Bürokratie



Juni: Bergarbeiter gehen mit Stangen und Schlagstöcken gegen Demonstranten vor.

vozierte eine neue Offensive der Studenten. Der englische Parlamentsabgeordnete der Labour Party George Galloway war Augenzeuge der Vorgänge. Er berichtete, daß die Studenten zum Innenministerium zogen, es stürmten und in Brand setzten, dann weiter zum zentralen Polizeirevier marschierten, es eroberten, Gefangene befreiten, den Waffenraum aufbrachen und die Waffen nahmen, bevor die Polizei das Feuer eröffnete. Er kam zu der Schlußfolgerung: „Wenn das nicht der Beginn eines Putschversuches war, dann weiß ich nicht, was es sonst war.“ Auch den Fernsehsender brachten die Studenten vorübergehend unter ihre Kontrolle.

Das hätte den Beginn einer kapitalistischen Konterrevolution markieren können, denn innerhalb des Staatsapparates gibt es auch starke prokapitalistische Kräfte, die dies als Anlaß zur

tion zu verteidigen, die FNR als Repräsentant der alten Bürokratie, um ihre Macht und Privilegien zu bewahren. Aber dieses „Bündnis“ wird nicht von Dauer sein. Die Existenz einer privilegierten und der Wirtschaft kontrollierenden Bürokratie steht den Interessen der Arbeiterklasse grundlegend entgegen.

Der alte Staatsapparat ist wieder relativ intakt. Die FNR hat sich im Zuge der Niederschlagung des Studentenaufstandes großer Teile der Opposition entledigt und dadurch ihre Position festigen können. Aber innerhalb der alten Staatsbürokratie einschließlich Militär und FNR gibt es unterschiedlich starke Kräfte für und gegen die Einführung des Kapitalismus.

Unmittelbar nach der Wahl wurde ein „Minister für Privatisierung“ ernannt, Adrian Severin. Er gehört, neben

zu einem marktwirtschaftlichen Weg neigen, um ihre Herrschaft - dann als privilegierte Kapitalistenklasse - zu sichern.

Noch gibt es einen gewissen Handlungsspielraum auf Grundlage der Planwirtschaft und eine Sonderentwicklung Rumäniens im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern. Daraus erklärt sich auch die Enttäuschung der Herrschenden im Westen und ihrer Medien. Die Chance für eine Bewegung hin zur Arbeiterdemokratie besteht, wenn die fortgeschrittensten Arbeiter in Erinnerung an ihre Revolution die Schlußfolgerung der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse ziehen und sehen, daß die Bürokratie beseitigt werden muß und daß man dazu eine starke Organisation der Arbeiter braucht.

Frank Klobes, Kassel  
Jungsozialist



Februar: Der Sitz des Exekutivkomitees der Front der nationalen Rettung in Bukarest wird gestürmt.

## Internationale Notizen

### Südamerika - ein Kontinent in Aufruhr Kolumbien

Eine Welle von Streiks und Protesten gegen die soziale Situation bestimmt die Lage im Land. 18.000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Bananenplantagen begannen Mitte September einen Streik für größere Sicherheitsvorkehrungen gegen bewaffnete Banden. Weiter streikten die Beschäftigten des staatlichen kolumbianischen Erdölunternehmens Ecopetrol. In einem Gebiet werden in 14 Orten die Straßen blockiert: Dort fordern die Bewohner unter anderem das Teeren der Straße, den Bau von Schulen und Krankenhäusern sowie das Verlegen von Abflüßrohren.

### Brasilien

Für eine Gehaltserhöhung von 288% begannen die Bankangestellten aus mehreren Bundesstaaten einen unbefristeten Streik. Die 32.000 Angestellten der größten brasilianischen Staatsbank in Rio haben bereits die angebotene Gehaltserhöhung von 104% abgelehnt. Die Jahresinflation Brasiliens liegt über 4000%.

### Peru

Ebenfalls 35.000 Bankangestellte traten im September in einen unbefristeten Streik. Die Streikenden fordern Gehaltserhöhungen, die unter Präsident Fujimori verboten sind. Die Inflationsrate in Peru stieg Ende August auf 12.378%. Im August stiegen die Preise um 397%!

### Belgien

Ein 24stündiger Vollstreik der Eisenbahnbediensteten hat Mitte September in Belgien den gesamten Zugverkehr lahmgelegt. Die Kollegen setzten sich für bessere Arbeitsbedingungen ein und protestierten gegen schleppende Lohnverhandlungen. Die Lokführer wollten dem Beispiel folgen.

### Griechenland

Ein erneuter Generalstreik legte am 13. September das öffentliche Leben in ganz Griechenland lahm. Die Gewerkschaften protestierten damit gegen eine Gesetzesvorlage der Regierung Mitsotakis zur „Reform“ der Sozialversicherungskassen, das die Arbeiter schwer belasten würde.

## Seite Zehn

# Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und . . . .

## Streik in Dublin

Liebe Genossen,  
in der Ausgabe September habe ich Euren Bericht über die Anti-Poll-Tax-Kampagne in England gelesen. In der Hoffnung, daß auch Interesse an einem Bericht über den Streik irischer Arbeiter bestehen könnte, schicke ich Euch folgenden Bericht. Da ich erst kürzlich in Dublin war, konnte ich mit einigen streikenden Kollegen zu sprechen:

Schlechte Arbeitsbedingungen, veraltete Maschinen, mangelhafte Arbeitssicherheit, permanente Reduzierung der Belegschaft durch Rationalisierungen, dazu das Geschrei der Arbeitgeber nach Kürzungen im Lohn- und Sozialbereich, kurz nach der Abschaffung aller Privilegien, die die Arbeiter erst in langen Arbeitskämpfen durchsetzen mußten - all das klingt einem so bekannt, daß man an den bundesdeutschen Alltag denken mag. Weit gefehlt. Blickt man einmal über den deutschen Suppenteller hinweg, so stellt man schnell fest, daß es außerhalb genauso bestellt ist.

Beispiel Irland: Nachdem die Unternehmensleitung angekündigt hatte, weitere Arbeiter zu entlassen, dafür auch schon konkrete Namen vorgelegt und noch dazu Lohnsenkungen angeordnet hatte, traten die über 500 Arbeiter der irischen Backwarenfabrik „Gateaux“ Anfang Juni in den Streik. Dort verharteten sie noch Ende August. Dies ist der erste Streik bei Gateaux seit über 25 Jahren. Ginge es nach der Unternehmensleitung, so wäre es auch der letzte. Nachdem Gespräche zwischen der zuständigen Gewerkschaft (The Bakery and Food Workers' Amalgamated Union - BFWAU) und der Geschäftsführung gescheitert waren, erklärte letztere plötzlich, daß aufgrund eines durch den Streik geplatzten Exportauftrages die Firma nicht mehr lebensfähig sei und somit geschlossen werden müsse. Gateaux gehört zum multinationalen Konzern Allied Lyons (Gewinn 1989: 1,5 Mrd. DM) und ist Teil der Lyons Irish Holdings (Jahresgewinn 1989: 17 Mio. DM). Großzügig, wie man war, versprach man die Schaffung von ca. 40 schlechtbezahlten Arbeitsplätzen in einer neu zu gründenden Importfirma, die als Ersatz für Gateaux nun die Einfuhr und den Vertrieb von Backwaren einer britischen Tochterfirma in Irland organisieren sollte.

Da Gateaux während der letzten Jahre planmäßig heruntergewirtschaftet wurde und seit längerem auch schon finanzielle Probleme hatte, liegt der Verdacht nahe, daß die Unternehmensführung den Streik provoziert hat, um so einen Vorwand für die Schließung des Werkes zu finden. Eine Schließung wäre jedoch verheerend für die Region (Finglas im Norden von Dublin), die ohnehin schon eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit aufweist. Über 500 Arbeiterfamilien ständen plötzlich vor dem Nichts. Der Zorn der Betroffenen und ihrer Unterstützer, die in einem extra gegründeten Verein für den Erhalt des Betriebes kämpfen, machte sich am 29. August auf einer dreistündigen Protestveranstaltung in der Dubliner Innenstadt Luft (über 700 Teilnehmer). Spontane Spendenaktionen der Bevölkerung für die Streikenden,

gemeinsame Boykottaktionen gegen Produkte von Lyons und Gateaux, Solidaritätserklärungen anderer irischer Gewerkschaften sowie der Arbeiterparteien etc. - das sind positive Zeichen, die gesetzt wurden. Trotzdem ist das Schicksal des Betriebes bis jetzt noch völlig unklar.

Die irischen Kollegen kämpfen mit ganzem Einsatz für ihre Arbeitsplätze und verlangen die Verstaatlichung des Werkes und die Weiterführung der Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Nur so können ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Für dieses große Ziel gebührt ihnen die internationale Unterstützung und Solidarität aller Kollegen und Genossen. Ein Erfolg dort bringt auch uns unserem Ziel näher.

Das Beispiel Gateaux zeigt uns unzweideutig, daß der Arbeiterklasse nur eine internationale, verbindende Strategie gegen die Macht der international operierenden Konzerne helfen kann. Kämpfen wir alleine weiter, so gehen wir der Reihe nach unter. Nur gemeinsam können wir ihnen Einhalt gebieten. Dies ist es, wofür wir zukünftig verstärkt kämpfen müssen.

Thomas Tauchnitz, Gewerkschafter und SPD-Mitglied aus Solingen

## Wahlkampf beginnt

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Gestern, den 11.9.1990, sprach Anke Fuchs, die Spitzenkandidatin der SPD für die Landtagswahlen in Sachsen, auf dem Leipziger Markt vor dem Alten Rathaus. Einiges von ihr hörte ich mit Verwunderung. Zum Beispiel steht es im Mittelpunkt ihres Wahlkampfes, für jede Frau und jeden Mann einen Arbeitsplatz zu schaffen. Sie hielt aber an der „Marktwirtschaft“ fest. Doch es kann nur in einer echten Planwirtschaft jeder Arbeit bekommen. Marktwirtschaft ist ein frei erfundenes Wort der Monopole, um zu verschleiern, was sich hinter diesem Wort verbirgt. Weiter in ihren Worten: „Es geht mir zugleich um ein Wirtschaftsprogramm, das Sachsen auf absehbare Zeit von westdeutscher ‚Hilfe‘ unabhängig machen soll und Sachsen zu einer Stabilisierung aus eigener Kraft führt.“ Sie hatte aber keine Alternative gezeigt, wie sie es zu tun gedenkt. Will sie die Unternehmer wieder hinauswerfen? Dies wäre meiner Meinung nach zu begrüßen.

Doch gibt es auch in der Bundesrepublik große Probleme, welche sich die SPD-Führung nicht oder nur karg annimmt. Und in der DDR versuchen die gleichen Leute, die DDR-Bürger auf die Schippe zu nehmen und reden ihnen den Himmel auf Erden vor. Die Führung der West-SPD muß so schnell wie möglich einen anderen politischen Kurs einschlagen und eine Partei der Arbeiter(innen) werden. Erst dann wird auch die DDR-SPD ihren Kurs wechseln.

Besonders will sich die SPD in ihrem Wahlkampf auch für sozial schwächer gestellte Schichten, für Frauen, Rentner und Lehrlinge einsetzen, sicherte Frau Fuchs den - an diesem Abend in bescheidener Zahl erschienenen - Leipzigmern zu.

Das verbesserte Stadtbild und Lebensqualität für die Einwohner schaffe

günstigere Rahmenbedingungen für die Ansiedlung neuer Investoren und brächte vor allem für mittelständische Unternehmen zahlreiche Arbeitsplätze. Denn Marktwirtschaft allein mache es noch nicht, sondern diese müsse für die Menschen auch sozial und ökologisch verträglich gestaltet werden - und eben dies sei der sozialdemokratische Weg, wie er im Ruhrgebiet mit Erfolg beschritten worden sei.

Ich bin der Meinung, dort ist nicht viel Erfolg zu verzeichnen (im Ruhrgebiet). Wo war denn die SPD-Führung, als die Kollegen im Stahlstandort Rheinhausen wochenlang um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes kämpften. Von ihrer Seite kamen keine Spenden oder ähnliches. Vielleicht bin ich da auch nicht richtig informiert. Die Kollegen waren voll und ganz auf sich allein gestellt. Auch die Gewerkschaftsführung versuchte, den Kampf zu bremsen und zu beschwichtigen. Dies sollte nur als Beispiel gelten.

Nun aber etwas Erfreuliches. Die Wahlkampfveranstaltung nahm ich zum Anlaß, die „VORAN“ zu verkaufen. Für sieben verkaufte Zeitungen nahm ich 8,50 DM ein. 2 DM zahlte ich für eine VORAN. Doch dies ist nicht genug. Es geht weiter. Ich gebe nicht auf.

Und nun noch einiges über die Situation in der DDR: Die Situation ist z.Zt. so, daß noch immer viele Leute sehnsüchtig auf den 3. Oktober, den Tag der Einheit, warten. Leider! Sie denken, es geht ihnen dann in etwa zwei Jahren genau so wie Euch in der BRD, d.h. sie erhoffen sich den gleichen Lebensstandard. Dies ist aber illusorisch. Es gibt in der DDR bis jetzt etwa 1,8 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter. Dies in knapp einem halben Jahr. Die demokratische Linke ist leider noch nicht stark genug, um die Leute aufzuklären, obwohl wir uns die größte Mühe geben. Als Marxist ist man hier schlecht angesehen. Aber auch viele Leute, mit denen ich gesprochen habe, merken, daß das, was bis vor einem Jahr hier gelaufen ist, nicht im Geringsten mit Sozialismus zu tun gehabt hat. Auch der Marxismus wurde mißbraucht.

Dann stehen auch noch die viel zu hohen Preise für Lebensmittel zu Buche, die aber nicht widerspruchslos hingenommen werden. Es fanden schon zahlreiche Warnstreiks für höhere Löhne und sichere Arbeitsplätze statt, wie z.B. der Streik der Arbeiter und Angestellten der Straßenbahnen und Busse (Leipziger Verkehrsbetriebe) und der Lehrerstreik.

In meinem Betrieb werden alle kubanischen Kollegen entlassen. Man versprach ihnen monatlich (bis Dezember) 800 DM Arbeitslosengeld. Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Man will die Kubaner für die restlichen drei Monate mit insgesamt 1150 DM abspesen. Dies ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wer kommt mit etwa 350 DM im Monat aus? Dagegen leben die ehemaligen Bürokraten immer noch wie die Maden im Speck und versuchen sich nun als Unternehmer (diese sind alle Marionetten). Die Bürokraten und Stalinisten waren es doch, die unsere Wirtschaft so in den Dreck gefahren haben. Das Volk soll dafür zahlen. Doch wären die kubanischen Kollegen nicht da gewesen, in unserem Betrieb wäre nichts Halbes und nichts Ganzes herausgekommen. Die Produktion wäre etwa bei 70-80% monatlich gewesen. Sie haben hunderte von Überstunden geschruppt, manchmal oder sogar öfters zwei Schichten hintereinander ge-

fahren und dazu noch Sonnabend vormittags. Da waren sie gut genug. Der Dank ist Entlassung. Nun sind die Kubaner gezwungen, vorzeitig nach Hause zu fahren. Dies ist ausländerfeindlich.

Es grüßt Euch alle ganz sozialistisch Thomas Kohmann, Böhlitz-Ehrenberg (DDR), Juso und SPD-Mitglied

Alein ist man nichts, gemeinsam sind wir stark!

## Thema Drogen

Zu VORAN Nr. 123

Liebe Genossen,  
das Drogenproblem sollte jeden von uns ansprechen, denn es geht um unsere Zeitgenossen. Es geht um die Jugendlichen. Wir dürfen nicht zusehen, wie viele Jugendliche wegen Drogen sterben.

Wer benutzt warum Drogen? Betrachtet man sich Länder und Städte, wo es hohe Arbeitslosigkeit und große Wohnungsnot gibt, so wird einem auffallen, daß die Anzahl der Drogenabhängigen enorm hoch ist. Das beweist, daß gerade die Gründe des Drogenproblems soziale sind. Drogen nehmen auch Jugendliche zu sich, wenn sie Probleme in der Familie haben. Das soziale Milieu spielt auch eine Rolle bei der hohen Zahl der Drogenabhängigen. Die Möglichkeit ist groß, daß Freunde, die Drogen benutzen, einen Jugendlichen auch dazu überreden können.

Was sagen die Wissenschaftler? „Man versucht, die innere Angst und

Leere mit Betäubungsmitteln oder Schlafmitteln zu verdrängen oder sich mit einer leistungssteigernden Droge aus der bedrückenden Realität zu befreien.“ („Drogen unter uns“, Basel-München 1979, S. 19). „Bedrückende Realität“ ist Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, kurz ausgedrückt ein aussichtsloses Leben.

In den USA sind 30% der schwarzen Jugendlichen arbeitslos. Wie können diese Menschen nur überleben? Viele nur, indem sie mit Drogen dealen (handeln). Fast alle dieser 30% tun dies. Präsident Bush bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern erklärt diesen verzweifelten Jugendlichen den Krieg.

Man muß das Drogenproblem an der Wurzel packen. Was können dabei die Kohl- oder die Bush-Regierung tun? Sie können nichts tun, weil sie nicht gegen die Kapitalisten vorgehen wollen. Weil große Unternehmer aus dem Drogengeschäft ihre Profite ziehen, ist es unlogisch, an Unternehmerfreunde zu appellieren.

Das Drogenproblem können wir selbst lösen, indem wir diese alte, „zum Untergang verurteilte“ (Karl Marx) Gesellschaftsordnung, den Kapitalismus, stürzen. Diese Gesellschaft bringt die Jugendlichen in eine schreckliche Misere hinein. Solche Misere, Krisen und Probleme der Menschen sind untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden. Es ist falsch, nur den kleinen Drogendealern hinterherzulaufen. Sie trifft keine Schuld. „Eine neue Gesellschaft muß her“ - das muß unser Motto sein.

D. Zafer, Köln

# Kampffonds Spendet für VORAN!

Jetzt kommt langsam die Wahrheit ans Licht: Die Kosten der Einheit sollen wohl durch Steuererhöhungen auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt werden. Finanzminister Waigel (CSU) teilte in einem Interview mit, ob Steuererhöhungen nötig würden oder nicht, sei „frühestens Ende dieses Jahres“ erkennbar (Frankfurter Rundschau, 19.9.90). Also nach den Bundestagswahlen. Nun, was will man auch sonst von der Unternehmerregierung in Bonn erwarten! Unbegreiflich ist nur, daß seit Wochen führende SPD-Politiker von der Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit kommender Steuererhöhungen reden und damit der Bonner Koalition das Stichwort geliefert haben. Stattdessen hätten sie sozialistische Inhalte deutlich machen müssen.

Um sozialistische Ideen wieder stärker in der Arbeiterbewegung zu verankern, dazu muß VORAN unterstützt und gestärkt werden. So spendete z.B. Heinrich Dumberg, Arbeiter aus Alsdorf bei Aachen, den Betrag von 50,- DM. Daniel Behruzi aus Aachen verkaufte bei einem Antifa-Camp Buttons und spendete den Erlös von 100,- DM für den Kampffonds. Bei einem Lesertreffen in Göttingen kamen 16,70 DM für den Kampffonds zusammen. In Köln wurden beim Zeitungsverkauf 34,- DM an Überschüssen eingenommen.

Für das dritte Quartal dieses Jahres (Juli, August, September) wollten wir insgesamt 30.000,- DM sammeln. Bis-

lang sind in der Redaktion 9.329,32 DM eingetroffen. Alle VORAN-Leser und Unterstützer sollten ihre Sammelaktivitäten verstärkt fortsetzen, damit wir das Ziel noch erreichen.

Leo Schiffer, Köln, Jungsozialist

## Ziel

3. Quartal  
Juli, August,  
September

30.000,-

9.329,32

Stand:  
19.9.1990

## Spendenkonto:

VORAN, Postgiroamt Essen  
BLZ 360 100 43  
Kto.-Nr. 2500 59-430

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen



Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



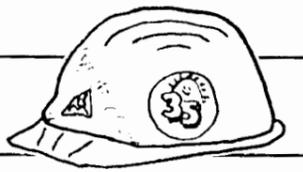
Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM   
 VORAN weiterverkaufen und bestelle \_\_\_ Exemplare   
 (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)   
 ein VORAN-Förderabo zu DM \_\_\_ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1  
 Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430

# Aus Betrieb und Gewerkschaft



## Tarifrunde im öffentlichen Dienst

# Höherer Lohn und Neueinstellungen notwendig!

Für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes hat die Tarifrunde begonnen. Es muß jetzt die vordringlichste Aufgabe der Gewerkschaft ÖTV sein, drastische Einkommensverbesserungen durchzusetzen.

Denn jahrelang sind die Steigerungen im öffentlichen Dienst deutlich hinter dem allgemeinen Lohnniveau zurückgeblieben. Ja, es ging sogar so weit, daß das Nettoeinkommen im Jahre 1988 niedriger lag als im Jahre 1980; und das, obwohl es einen Wirtschaftsaufschwung gab. Bisher hatten die Kolleginnen und Kollegen für die niedri-

gen Einkommenssteigerungen deshalb noch etwas Verständnis, weil sie diese als ihren Solidarbeitrag für den Abbau der Arbeitslosigkeit ansahen. Denn viele Beschäftigte gingen davon aus, daß die Arbeitgeber das eingesparte Geld für Neueinstellungen verwenden würden, da ja die Arbeitszeitverkürzung von 40 Stunden auf 38,5 Stunden pro

Woche durchgesetzt wurde.

Was aber geschah wirklich? Es wurde nicht einmal die Hälfte der Stellen, die wegen der Arbeitszeitverkürzung hätten geschaffen werden müssen, mit Neueinstellungen besetzt. So ist also am Ende der vergangenen Tarifrunden für den öffentlichen Dienst wenig an Beschäftigungs- und an Lohnzuwachs herausgekommen.

Das muß jetzt anders werden! Die ÖTV muß in die Offensive!

Die Arbeitgeberseite wird versuchen, möglichst keinerlei Tarifierhöhungen zuzulassen. Das hat sie schon verlauten lassen, wie man in der „Bunten“ vom 6.9.90 lesen konnte. Da heißt es: „In einem vertraulichen Rundschreiben an alle Bonner Ministerien fordert Finanzminister Waigel drastische Einsparungen im Personalhaushalt. Für die Jahre 1991 und folgende sind Besoldungs- und Tarifverbesserungen nicht einzurechnen. Zusätzlich sind alle Rationalisierungsmöglichkeiten zur Einsparung von Personal zu nutzen.“

Als Grund für diese Anweisung nennt der Minister die Kosten der deutschen Einheit. Es ist ja möglich, daß der

Minister seine Begründung selbst glaubt, wir jedenfalls glauben sie nicht! Denn bei den Tarifverhandlungen im Herbst 1984 forderte der damalige Finanzminister Stoltenberg die Bediensteten des öffentlichen Dienstes ebenfalls zu einer Nullrunde auf. Nur - damals gab es keine deutsche Einheit. Man sieht: Diese Herren wollen ganz einfach nicht die Steuergelder für die Bezahlung von Löhnen und Gehältern verwenden, sondern für Rüstungsausgaben wie den Jäger 90 und den Ausbau der deutschen Militärmacht.

Wir fordern: Abbau der Rüstungs- und Militärausgaben und drastische Erhöhung der Einkommen und der Stellen für den öffentlichen Dienst. Nur so kann erreicht werden, daß die unerträglichen Arbeitsbedingungen, wie sie etwa von den Pflege- und Sozialdiensten bekannt sind (man denke nur an die diesjährigen Streiks der Kranken-

schwestern und in den Kindertagesstätten in Berlin), schnell beseitigt werden und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sichergestellt wird.

Die ÖTV muß ganz entschieden ihre Forderung durchsetzen, daß alle Beschäftigungsverhältnisse unter den Tarifvertrag fallen. Nur so kann sichergestellt werden, daß auch die vielen zeitbeschäftigten Arbeitnehmer die gewerkschaftlich erkämpften Tarifrrechte in Anspruch nehmen können.

Die Gewerkschaft muß klarmachen, daß sie bereit ist, für diese Forderungen auch zu kämpfen, notfalls mit Streik. Denn daß solch ein Vorgehen auch für den öffentlichen Dienst Erfolge bringt, das haben uns die Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR noch vor ein paar Wochen deutlich gezeigt.

Hartwig Schaal, Aachen  
ÖTV- und SPD-Mitglied

## Stahltarifrunde

# „Hohe Kampfbereitschaft, falls die Unternehmer stur sind“

Interview mit Dieter Kalthoff

Für die kommende Stahltarifrunde sind die Kernforderungen der IG Metall die Vorweganhebung der Löhne und Gehälter, Lohn- und Gehaltserhöhung um 10% sowie die 35-Stunden-Woche. VORAN sprach mit Dieter Kalthoff, Betriebsrat bei Krupp Rheinhausen, über die Situation der Beschäftigten.

VORAN: Wo sehen Deine Kollegen die Schwerepunkte beim Forderungspaket der IG Metall?

Dieter Kalthoff: Der Trend geht eindeutig dahin, daß eine deutliche Lohnerhöhung sein muß. Bei der Diskussion um das Forderungspaket gab es von Belegschaften sogar Forderungen nach 15%iger Lohnerhöhung. Die Vorweganhebung soll zunächst die Zuschläge absichern, die während des Stahlbooms in einer Reihe von Betrieben übertariflich gewährt worden sind. Aber darauf aufbauend ist eine deutliche Lohnerhöhung nötig, denn wir sind in den letzten Jahren von der Lohnentwicklung in anderen Bereichen abgekoppelt worden. Noch Anfang der 70er Jahre lagen die Tarife im Stahlbereich über denen in der Metallverarbeitung, heute ist es umgekehrt. Dabei arbeiten bei uns die meisten in Voll-Conti-Schicht. Sie kommen aber nur mit den stahltypischen Zulagen, Wochenendzuschlägen u.ä. auf Netto-Gehälter, die annähernd denen von Facharbeitern in der Metallverarbeitung entsprechen. Solche Zulagen werden aber z.B. nicht auf die Rentenversicherung angerechnet. Ein Stahlarbeiter, der immer rund um die Uhr geschuftet hat, geht also dann mit vielleicht 1700 DM Rente nach Hause.

Wie würde sich die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei Euch auswirken?

Durch die Conti-Arbeit in vier Schichten würde eine weitere Arbeitszeitverkürzung entweder die Einführung einer fünften Schicht oder eine Verlängerung des Urlaubs-Blocks um nochmal ca. 15 Tage bedeuten. In beiden Fällen wären Neueinstellungen erforderlich.

Zeichnet sich schon eine Strategie der Unternehmer für die Tarifrunde ab?

Die lamentieren darüber, daß die Konjunktur angeblich rückläufig sei. In manchen Betrieben wird sogar schon über Kurzarbeit geredet. Aber das erleben wir nicht zum ersten Mal im Vorfeld von Tarifrunden. Im Augenblick wird z.B. keine Lagerwirtschaft mehr betrieben. Die Lager werden geräumt, dadurch geht natürlich die Produktion

zurück. Auch Reparaturen oder größere Umbauten, die mit Produktionsstilllegungen verbunden sind, finden komischerweise immer gerade in Tarifrunden statt.

Tatsächlich haben die Unternehmer am bisherigen Stahlboom glänzend verdient, und die Aussichten sind nicht schlecht, auch durch die Perspektiven in der DDR. Krupp z.B. hat eine Kooperation mit EKD-Stahl in Eisenhüttenstadt abgeschlossen. Wir liefern jetzt aus Rheinhausen den Stahl, der vorher aus der Sowjetunion gekommen war. Allein die Sanierung des Eisenbahnnetzes in der DDR würde für die Stahlindustrie ein Auftragsvolumen von 40 Mrd. DM bedeuten.

Wie ist denn die Stimmung und gegebenenfalls die Kampfbereitschaft in der Belegschaft?

Im Moment sind viele ziemlich sauer. Im Stahlboom ist die Arbeitsproduktivität enorm gestiegen, das heißt natürlich: die Arbeitshetze hat stark zugenommen. Wir haben zur Zeit einen sehr hohen Krankenstand, es werden immer noch jede Menge Überstunden gefahren, obwohl wir das vom Betriebsrat aus schon ein paar Mal eingeschränkt haben. Der Unmut ist groß, und wenn die Gegenseite vor allem beim Lohn kein vernünftiges Angebot macht, dann könnte das ein Knackpunkt in der Tarifrunde sein.

Bei der Arbeitszeitverkürzung sehe ich eher die Gefahr, daß die Kollegen von einem gewissen Automatismus ausgehen, daß sie die 35-Stunden-Woche - wie in der Metallindustrie - erst für 1995 erwarten. Ich persönlich sehe das anders: Die 35 Stunden sind bei uns früher nötig und auch machbar. Wir haben ja jetzt schon 36,5 Stunden. Aber beim Lohn und Gehalt, da werden sie sich keinesfalls abspesen lassen, da rechne ich doch mit einer hohen Kampfbereitschaft, falls die Unternehmer stur sind.

Danke für das Interview.

### Bilanz des Stahlbooms 88/89

Veränderungen im Gesamtzeitraum.	
Umsatz	+ 29,9%
Produktion	+ 13,4%
Beschäftigte	- 6,1%
Tarifeinkommen	+ 3,2%
Lohnstückkosten	- 8,8%
Stückgewinne	+ 9,3%

Quelle: Statistisches Bundesamt, RWI, eigene Berechnungen  
aus: „Der Gewerkschafter“, 9/90

## Leiharbeiter - wie Sklaven behandelt

Folgendes sagte auf der Betriebsversammlung der Fa. H., wo ich als Leiharbeiter tätig war, der Betriebsleiter: „Die Konjunktur ist seit zwei Jahren sehr gut, unser Umsatz hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Aber wir wissen nicht, wie lange das anhält. Deshalb beschäftigen wir zur Zeit 29 freie Mitarbeiter, die wir abziehen können, wenn die Konjunktur fällt.“

Da ist ein lange geträumter Traum der Unternehmer in Erfüllung gegangen; der „freie Mitarbeiter“, für 30-40,- DM die Stunde zu haben, Lohnabrechnung, Zahlungen im Krankheitsfall und andere unangenehme Dinge übernimmt die Leihfirma. Wenn die Nase des Arbeiters nicht gefällt, wird er ausgetauscht oder zurückgeschickt, ebenso, wenn weniger Arbeit anfällt.

Das ist Dauerstreß für die Leiharbeiter. Die Aufträge für Leiharbeiter reichen von einem Tag bis zu einem halben Jahr. Der Weg zum Arbeitsplatz kann wenige oder aber auch bei Fernmontagen hunderte Kilometer betragen. Manch einer muß sogar ins Ausland zum Arbeiten.

### Berufsfremder Einsatz

Dauernd müssen meine Kollegen und ich uns auf andere Betriebe, Arbeiten und Maschinen einstellen. Alkoholismus und Magengeschwüre etc. sind so vorprogrammiert. Das Schlimmste ist die schlechte Bezahlung und der berufsferme Einsatz (bei schlechter Auftragslage). Als Maschinenschlosser mußte ich z.B. Kanalrohre legen. Die Bezahlung: Schweißer ca. 20%, Schlosser 30% und Elektriker ca. 40% weniger Stundenlohn als üblich. Tariflich festgelegter Urlaub im Metallbereich sind 30 Tage, uns gibt man 24 (18 Tage sind gesetzliches Minimum); kein Urlaubsgeld; Weihnachtsgeld freiwillig nach Gutdünken und nach „Leistung“: ca. 200 DM.

Die sogenannte Auslöse reißt einen da auch nicht raus: 40 Pfennig pro Kilometer plus 5 DM Essensgeld, bei mehr als zehnstündiger Abwesenheit von zu Hause. (Die Auslöse zahlen aber nicht alle Leihfirmen freiwillig und gleich hoch, manche zahlen nichts, andere lassen mit sich handeln, d.h., man muß mit Kündigung drohen, um etwas mehr Fahrgeld zu kriegen.) Ich hatte



Pflegepersonal demonstriert in Hamburg für Neueinstellungen.

den Fall, daß meine Bahnkarte 133 DM kostete, die Leihfirma war nach mehrmaliger Bitte meinerseits immer noch nicht bereit, mehr als 80 DM dazuzugeben. „Andere Firmen zahlen gar kein Fahrgeld, deshalb erwarten wir von unseren Leuten, daß sie auch etwas dazu geben“, sagte man mir.

Das ist die materielle Schlechterstellung. „Warum arbeitest Du denn für so eine Firma?“, werde ich fast immer von den Kollegen zu Beginn eines neuen Auftrags gefragt. Das zeigt schon das schlechte Ansehen, das die sogenannten Seelenverkäufer haben. Oft wird man von den Festangestellten wie Sklaven behandelt. Die schlechten und dreckigen Arbeiten müssen wir Leiharbeiter sowieso machen, weil die Festangestellten eingearbeitet sind, uns immer im Know-how voraus.

### Leiharbeiter oft qualifiziert

Dabei sind wir Leiharbeiter durchaus qualifiziert. Ein Kollege ist Betriebsschlosser, hatte einen schweren Autounfall und schulte auf Technischen Zeichner um. Aber niemand stellte ihn ein, weil er keine Berufspraxis hat.

### Köln

## Entlassung wurde zurückgenommen

In der letzten Ausgabe berichteten wir über Jakob Meindorf, Koch in den „Museumsterassen“, der als aktiver Betriebsrat konsequent die Interessen seiner Kollegen vertreten hatte und deshalb mit einer vorgeschobenen Begründung fristlos entlassen worden war.

Bereits einige Zeit vorher wurde Jakob (HBV- und SPD-Mitglied) als Betriebsratsvorsitzender abgewählt. Die Mehrheitsverhältnisse im Betrieb hatten sich nach dem Weggang einer Kollegin geändert. Der neue Betriebsrat hat Jakobs Kündigung skandalöserweise zugestimmt - ohne daß ein Kündigungsgrund angeführt war!

Mit der Unterstützung der HBV erstritt sich Jakob Meindorf jetzt sein Recht vor dem Arbeitsgericht. Nach der Verhandlung vom 4.9. wurde die Kündigung für ungültig erklärt. Sein Lohn muß nachgezahlt werden und er kann wieder an seiner alten Stelle anfangen.

Er ist jetzt mit kaputtem Fuß Schlosser, wie ich. Ein anderer Kollege hat neben der Schlosserausbildung den LKW-Führerschein 2 plus Gefahrenschein und eine Maler- und Lackiererausbildung. Ein anderer Kollege war acht Jahre Monteur in den Ostblockstaaten, bis seine Firma pleite ging. Ich selbst habe ein abgeschlossenes Studium, in dem ich keinen Job kriege, weil nur Leute mit Berufspraxis von mindestens zwei Jahren gefragt sind, möglichst noch zehn Jahre jünger als ich. Ich bin 32, meine Kollegen 34, über 40 oder über 50 Jahre alt. „Normale Betriebe“ stellen uns nicht fest an, weil unser Lebenslauf zu krumm ist oder wir zu alt sind.

Als Einzelner muß man schon Glück haben, einen festen Arbeitsplatz zu bekommen. Daher ist es wichtig, daß die Gewerkschaften ihre zentralen Forderungen durchsetzen: Als erstens die 35-Stunden-Woche und das Verbot der Leiharbeit. Alle befristeten Arbeitsverträge müssen in unbefristete umgewandelt werden. Die Tarife müssen überall gelten - ohne Ausnahme.

Hans-Peter Dostert, Köln  
Juso und ehemaliger Leiharbeiter

Am Tag der Rückkehr in den Betrieb wurde er von zwei Jusos als Zeugen begleitet. Die Nachricht von seinem Sieg hatte sich bereits herumgesprochen. Viele Kollegen empfanden dies auch als ein Sieg für alle Beschäftigten. „Da hat einer der Geschäftsleitung mal Contra gegeben“ - so war die Stimmung.

In der Zeit seiner Abwesenheit hatte sich allerdings auch schon gezeigt, daß eine ehrliche Interessensvertretung nötig ist, für die Jakob steht. So wurden z.B. Vorbereitungszeiten verkürzt und die Arbeitshetze erhöht, ohne daß der Betriebsrat etwas unternahm. Auch sind viele neue Beschäftigte mit Zeitarbeitsverträgen im Betrieb. Es ist jetzt wichtig, zusammen mit den Kollegen die gewerkschaftliche Organisation zu verbessern und dafür zu sorgen, daß ein neuer Betriebsrat gewählt wird, der sich für die Kollegen einsetzt.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

Müllberge –  
das Ergebnis einer  
umweltfeindlichen  
Wirtschaftsordnung  
siehe Seite 3

## Golf-Konflikt

# Beteiligung der Bundeswehr verhindern

## Nein zum imperialistischen Raubkrieg

An die Front sollen sie, die „Germans“. Die Kohl-Regierung und auch einige SPD-Führer reden von der Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung, um den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes zu ermöglichen. Auch einige Grüne bestehen darauf, im Golfkonflikt „die Guten“ klar von „den Bösen“ unterscheiden zu können. Sie unterstützen die USA und deren Anhang.

Während noch über den Einsatz von Soldaten und die Höhe der Zahlungen der BRD für den US-Aufmarsch debattiert wird, helfen schon deutsche Einheiten mit Material und der Übernahme von Nachschubaufgaben aus.

Alles wäre so schön. Die deutschen Soldaten stünden endlich einmal unter dem Banner der UNO im Kampf für Demokratie und Freiheit: Für die Demokratie der saudi-arabischen Scheichs, in der kleinen Dieben die Hand abgeschlagen wird und Frauen wegen Ehebruch zu Tode gesteinigt werden können. Für die Demokratie Kuwaits, wo von 1,8 Millionen Einwohnern 65.000 das Wahlrecht zu einem Parlament haben, welches von der Herrscherfamilie aufgelöst wurde. Für die Freiheit der Mineralölkonzerne, das Öl in Arabien billig zu kaufen und im Westen teuer zu verkaufen. Für die Freiheit der US-Regierung, zu bestimmen, wann ein Diktator foltern und morden darf und wann er in seinem Tun gestoppt werden muß.

### Geschäfte

Wenn es am Golf zum offenen Krieg kommt, ist dies von beiden Seiten ein imperialistischer Raubkrieg um Profite, Rohstoffe und zur Ablenkung von inneren Problemen. Dazu der US-Gefreite

J. Patterson aus Hawaii, der den Einsatz verweigerte: „Ich will nicht für den Profit amerikanischer Konzerne und für billiges Öl sterben.“ (nach Radio Bremen, 5.9.90) Und am Golf würde im Falle eines Krieges grausam gestorben, möglicherweise über Jahre hinweg. Bundeswehreinheiten würden sich nach Wunsch der Regierung am Sterben und Töten beteiligen.

Für manchen mag es ein Trost sein, daß „unsere Jungs“ am Golf die Chance hätten, von deutschen Qualitätsprodukten umgebracht zu werden. Denn deutsche Konzerne (MBB, Saarstahl, Preussag u.v.a.) gehörten bis August, und wenn es keiner merkt auch heute, zu den großen Lieferanten des irakischen Regimes. Geliefert wurden Hubschrauber und Anlagen zur Produktion von Giftgas, wohl auch Anlagen zur Herstellung von atomaren und biologischen Waffen.

Zumindest geduldet, wahrscheinlich auch gefördert wurden diese illegalen Exporte von staatlichen Stellen, z.B. dem Bundesnachrichtendienst (BND). Die tüchtigen Geschäftsleute und die BND'ler sitzen inzwischen wieder in der behüteten Heimat, und wenn sie mal Zeit haben, werden sie gewiß den möglichen Kriegstoten ein paar Tränen nachweinen, ganz besonders aber den

Bundeswehrsoldaten.

Kleinliche Bedenken können die Bundesregierung nicht davon abbringen, „weltpolitisch aktiv“ zu werden. Denn so langsam müssen wir es lernen. Die wirtschaftliche Großmacht Deutschland (sprich die Konzerne) will nicht mehr darauf bauen, daß ihre In-

teressen in der ganzen Welt von anderen Mächten mitbeschützt werden. Denn bei sich verschärfender Konkurrenz zwischen verschiedenen kapitalistischen Ländern (USA-BRD-Japan) heißt es: „Selbst ist der Mann“. Und so wird die Golfkrise dazu benutzt, das friedensgewohnte Publikum hierzulande daran zu gewöhnen, daß neben „deutschen Waffen, deutschem Geld ...“ auch deutsche Menschen in aller

Welt mitmorden (und -sterben) sollen. „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ – diese alte Parole der SPD aus dem Kampf gegen die Aufrüstung des Kaiserreiches sollten Partei und Gewerkschaften auch heute umsetzen. Die SPD muß in der Frage der Golfkrise eine radikale Kehrtwende vollziehen. Zusammen mit den Gewerkschaften muß sie den Herrschenden in unserem Land die Gefolgschaft verweigern und öffentlich Stellung beziehen gegen

- die „Kriegskredite“, das heißt, gegen die Finanzhilfen für die US-Army,
- die Aushilfe durch Material und Nachschub
- und gegen eine Änderung des Grundgesetzes, die einen Einsatz der Bundeswehr im Golf und anderswo ermöglichen würde!

Außerdem muß die deutsche Arbeiterbewegung linke Oppositionelle und Gewerkschafter, die im Irak für einen Sturz Saddam Husseins durch die irakischen Massen kämpfen, unterstützen.

Sollte die Regierung sich an einer Grundgesetzänderung vorbeisummeln, sollten Bundeswehreinheiten durch eine Beteiligung des NATO-Landes Türkei hineingezogen werden oder sollte die SPD-Spitze entgegen dem Parteitagsbeschluss von 1988 einer deutschen Beteiligung zustimmen, muß der Widerstand praktisch organisiert werden. Neben Protestaktionen wie Demonstrationen wird es auch darum gehen, den Widerstand gegen den imperialistischen Aufmarsch in die Bundeswehr selber hineinzutragen und an die einfachen Soldaten zu appellieren, der Regierung der Konzerne die Gefolgschaft zu verweigern.

Claus Ludwig, Bremerhaven  
Stellvert. Juso-UB-Vorsitzender



## Pirelli will Continental übernehmen

# Im Kapitalismus werden die Arbeiter nicht gefragt

Der Versuch des italienischen Reifenherstellers Pirelli, das in Hannover ansässige Unternehmen Continental zu übernehmen, zeigt, wie die Marktwirtschaft wirklich funktioniert.

Wie in der kapitalistischen Wirtschaft üblich wird der weltweite Reifenmarkt, der einen jährlichen Umsatz von 70 Mrd. DM hat, von ein paar Monopolen völlig beherrscht. Sechs multinationale Konzerne kontrollieren 85% dieses Marktes. Pirelli steht an der sechsten Stelle, Continental ist der viertgrößte Reifenhersteller.

Der Reifenmarkt hat genau wie alle anderen Märkte Auf- und Abschwünge. Während des Aufschwungs beim Autoabsatz haben die Reifenmonopole stark in Modernisierung oder in den Aufbau neuer Kapazitäten investiert, in den letzten drei Monaten allein 15 Mrd. DM.

Der jüngste Rückgang im Absatz der Autoindustrie, der durch das Ansteigen der Ölpreise noch verschärft werden wird, hat zu „Überkapazitäten“ von 20% in der Industrie geführt. Vor zehn Jahren existierte eine ähnliche Situation, die damals zu einer schweren Krise in der Reifenindustrie führte.

Dieses hat jetzt dazu geführt, was Continental als einen „realen Preiskrieg“ bezeichnet. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres fielen die Profite (ohne Steuerabzug) von Continental um 39%, den anderen Reifenherstellern ergoht es ähnlich. Diese Krise drängt Pirelli zu dem Übernahmengeschäft. Sowohl Pirelli als auch Continental gelten als zu klein, um alleine mit den anderen Monopolen mithalten zu können. Ein vereintes Pirelli-Continental-Unternehmen hätte einen Umsatz von 13 Mrd. DM und wäre so in der Lage, mit den

„großen Drei“ mithalten zu können.

Das Übernahmengeschäft wurde hinter den Kulissen geplant, als Pirelli um die Zustimmung der größten Aktienhaber bemüht war – am Management von Continental vorbei, das um seine Position kämpft. Als das Geschäft zum ersten Mal erwähnt wurde, hielt Pirelli die Namen der Unterstützer und Financiers geheim. Es ist allerdings klar, daß in den letzten paar Monaten verschiedene deutsche, italienische und andere Finanzinstitute klammheimlich Continental-Aktien gekauft haben.

Die Deutsche Bank, die 5% der Anteile an Continental besitzt, hat erklärt, in diesem Übernahmekonflikt „neutral“ zu sein. Aber bemerkenswerterweise ist das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Ulrich Weiss, der für die italienischen Interessen der Bank verantwortlich ist, gleichzeitig Vorsit-

zender des Aufsichtsrates von Continental.

Die Einzigen, die bei dieser ganzen Sache ausgeschlossen werden, sind die Arbeiter beider Unternehmen. Mit der Abwärtsentwicklung in der Reifenindustrie, bei bereits 20% Überkapazitäten und der wachsenden Monopolisierung, scheint es sicher, daß die Arbeiter dieser Industrie bald Angriffen gegenüberstehen werden. Anstatt diese Situation auszunutzen, um die Anarchie dieser Auf- und Abschwungswirtschaft zu erklären, sieht es so aus, daß einige SPD-Führer leider diesem Versuch, ein neues multinationales Monopol zu bilden, unterstützen.

### Enteignung nötig

Niedersachsens Ministerpräsident Schröder (SPD) sagte, er „finde Pirellis Plan überzeugend“, solange es keinen Arbeitsplatzabbau bei den 10.000 niedersächsischen Arbeitern gäbe und die Unternehmensleitung in Hannover bliebe. Weiter: „Die Überlebenschancen für beide Unternehmen wären schlechter, wenn sie getrennt blieben.“

Anscheinend will sich Schröder für jene Continental-Arbeiter, die außerhalb von Niedersachsen leben, nicht einsetzen. Wie kommt er außerdem darauf, daß ein Zusammenschluß Continental-Pirelli automatisch Arbeitsplätze

ze sichern würde?! In ähnlichen Fällen bei anderen Branchen zeigte sich: Arbeitsplätze gingen dabei verloren.

Um jedoch zu verhindern, daß Arbeitsplätze der Anarchie dieser Wirtschaft zum Opfer fallen, muß die gesamte Reifenindustrie, Hand in Hand mit der Autoindustrie, nach Plan produzieren und nicht – wie heute – nach den Profiterwartungen einzelner Unternehmer. Die Produktion muß sich an den sozialen Bedürfnissen orientieren. Dies setzt aber die Enteignung dieser Unternehmen voraus.

Das Schicksal der Continental-Arbeiter darf nicht vom Wohlwollen der Aktionäre abhängig sein. Das müssen auch SPD und Gewerkschaften erkennen. Sie sollten die Verstaatlichung von Continental unter demokratischer Arbeiterkontrolle fordern – bei Entschädigung für die einzelnen Anteilseigner nur nach erwiesener Bedürftigkeit.

Eine solche Kampagne wäre ein Beispiel für alle Arbeiter der Autoindustrie, die bald mit den Auswirkungen des Rückgangs auf dem europäischen und dem US-Automarkt konfrontiert werden. In dieser Situation könnte die Idee einer sozialistischen Planung der Produktion eine echte Alternative zu dem immer wiederkehrenden Chaos des Kapitalismus darstellen.

Robert Bechert, Köln